

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1906**

86 (14.3.1906) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 42. öffentliche  
Sitzung

## Badischer Landtag.

## Zweite Kammer.

## 42. öffentliche Sitzung

am Montag den 12. März 1906.

## Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1906 und 1907, Ausgabe Titel I bis VII, IX bis XI, XX und XXI, Einnahme Titel I und II — Drucksache Nr. 11 — sowie Nachtrag zu Titel IX — Drucksache Nr. 7 —, und damit in Verbindung

Beratung des mündlichen Berichts der Budgetkommission über die Petition des badischen Amtsregistratorenvereins um Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der Aktiare; Bericht-erstattet Abg. **Behrenbach**.

Am Regierungstisch: Minister des Innern **Dr. Schenk**, die Geh. Oberregierungsräte **Dr. Glockner**, **Straub**, **Weingärtner**, die Ministerialräte **Dr. Rieser**, **Flad**, **Frhr. v. Red**, die Oberamtmänner **Dr. Schneider** und **Franz**, Amtmann **Dr. Paul**.

Präsident **Dr. Wildens** eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 50 Min.

Es werden folgende Einläufe verlesen:

1. Petition des Gemeinderats der Stadt Stockach, übergeben vom Abg. **Brodmann**, die Fortsetzung der Eisenbahn von Fridingen über Dwingen nach Stockach betr.;

2. 41 gleichlautende Petitionen der Gemeinderäte einer Anzahl Gemeinden der Amtsbezirke Stockach und Ueberlingen, gleichfalls übergeben vom Abg. **Brodmann**, die Fortsetzung der Eisenbahn von Fridingen über Dwingen nach Stockach betr.;

3. Beitritt des Stadtrats Konstanz zu der Petition einer Anzahl beteiligter Gemeinden, die Erbauung einer normalspurigen Lokalbahn von Singen nach Thengen (Randenbahn) betr.;

4. Bitte des Roman Horn, Grenzaufseher a. D. in Konstanz, um Bewilligung eines Ruhegehalts und um Wiederanstellung als Untersteuererheber, Kassenbote, Lageraufseher oder Grenzaufseher betr. (übergeben vom Abg. **Wiedemann** in Bruchsal);

5. Petition der Gemeinde Berghausen, übergeben vom Abg. **Reiff**, die Wiederverteilung des Streulauts an die nutzberechtigten Bürger in Berghausen betr.

Auf Vorschlag des **Präsidenten** werden die Petitionen Ziffer 1—3 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen, Ziffer 4 und 5 der Petitionskommission überwiesen.

Ferner wird zur Kenntnis gebracht ein Schreiben des Präsidiums der Ersten Kammer des Inhalts, daß die Erste Kammer von dem Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1906 und 1907, die Positionen Ausgabe Titel I bis mit VIII, XII und XIII, sowie Einnahme Titel I und II ebenfalls beraten und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer bis auf die ausgelegte Mehrforderung für einen zweiten Ministerialdirektor mit 700 M. genehmigt habe.

Hierauf wird die allgemeine Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Das Wort erhält zunächst

Abg. **Venedey** (Dem.): Ueber die Tätigkeit unseres Ministeriums des Innern auf rein sachlichem Gebiet sind bis jetzt von allen Seiten des Hauses, auch von der Sozialdemokratie, Worte warmer Anerkennung gesprochen worden, und ich meinerseits kann mich im Namen meiner Parteifreunde dieser Anerkennung unumwunden anschließen. Es muß zugegeben werden, daß in diesem Ressort des Großh. Ministeriums des Innern nicht nur von den Mitgliedern des Ministeriums, sondern auch von den weiteren Untergebenen, von den einzelnen Bezirksbeamten draußen, im allgemeinen fleißig, gewissenhaft, mit Hingebung an den Beruf und mit Umsicht gearbeitet wird und in dieser Beziehung das Ressort auf der Höhe seiner Aufgabe steht.

Einigen Ausstellungen muß ich mich aber anschließen. Ich möchte insbesondere meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der in unserem Budget vorgesehene Zuschuß zu den Kreisstraßen und Gemeindegewegen von 400 000 auf 350 000 M. reduziert wurde. Ich stehe vollständig auf dem Boden der Petition der Kreisassessoren, die dieser Tage verteilt worden ist, und meine, man

sollte bei derartigen Posten, wo es sich um die Förderung der allerwichtigsten Kulturaufgaben unseres Landes handelt, doch nicht von dem, was man früher als zweckmäßig und notwendig angesehen hat, zurückgehen. Auf diesem Gebiete sollte auch für den Staat das Wort gelten: Nunquam retrorsum. Man muß auch in Zeiten einer gespannten Finanzlage die Mittel dafür finden, um diese Zuschüsse auf der früheren Höhe zu halten.

Es ist sodann von einigen Rednern die Frage des Offenhaltens der Schaufenster am Sonntag gestreift worden, und ich möchte mich den Wünschen, die auf Offenhaltung der Schaufenster auch während des Gottesdienstes gehen, ganz entschieden anschließen. Ohne mich als Sachverständigen in dieser Frage aufwerfen zu wollen, meine ich, daß auch gläubige Gemüter sich durch ein schönes Schaufenster, das einen freundlicheren Eindruck bietet als eine schmutzige graue Gardine nicht verletzt fühlen können, und ich sehe nicht ein, wer da irgendwie beeinträchtigt werden könnte, wenn diesem Wunsche der Geschäftsleute endlich einmal Genüge geschehen würde.

Einen recht weiten Umfang in den bisherigen Erörterungen hat die Debatte über das berühmte Konzertprogramm in Mannheim genommen. Ich will nicht auf das Einzelne eingehen, die Sache ist sehr ausführlich behandelt worden und hat sogar ein geehrtes Mitglied dieses hohen Hauses zu einer musikalischen Leistung auf gesanglichem Gebiete ermuntert, — ich will ihm auch auf diesem Gebiete nicht folgen (Geisterzeit), und hier etwa einen Gesang zum Besten geben. Ich bin der Ansicht, daß in der Frage dieses Konzertprogramms die Mannheimer Polizeidirektion nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden hat. Sie hätte ohne weiteres jenes Programm genehmigen sollen. Ich muß mich überhaupt wundern, daß es für notwendig erachtet wurde, Sachverständige heranzuziehen. Ich meine, ein gebildeter Mensch — und das sind doch im allgemeinen nicht bloß in rein sachmännlichem Sinne auch die Polizeidirektoren und Amtmänner — braucht zur Entscheidung darüber, ob eine *Marche* von Bizet oder die *Ouverture* zu „*Mignon*“ von Thomas oder der römische *Karneval* von Berlioz eine ernste anständige Musik sei, doch eigentlich keinen Sachverständigen. Es ist überhaupt eine eigentümliche und bedauerliche Erscheinung, daß unsere Juristen vielfach sofort einen Sachverständigen herbeiholen, sobald sie auf eine Frage kommen, die nicht gerade im bürgerlichen Gesetzbuch oder im Strafgesetzbuch oder in einer Prozeßordnung beantwortet ist (Sehr richtig!), anstatt sich selber ein Urteil über Dinge zu erlauben, von denen heutzutage eben jeder Mensch etwas verstehen soll, der in einer derartigen Stelle ist. Jedenfalls hätten in dem Mannheimer Fall schon die Namen der Komponisten eine genügende Garantie geboten. Natürlich, wenn man nie etwas vom „*Römischen Karneval*“ von Berlioz gehört hat, denkt man sich vielleicht unter diesem Titel eine ausgelassene Tangelangemusik; davon ist bei diesem Stück keine Rede, sondern es handelt sich dabei um eine schöne, ihrer Art nach durchaus ernste und charakteristische Musik von ganz eigenartiger Klangfärbung, um eine Musik, die jedem Konzertprogramm nur zur Ehre gereichen kann. Es ist das ja auch selbst vom Herrn Abg. Zehrenbach anerkannt worden, der doch nach dieser Richtung hin der berufenste Wahrer der Kirche ist und das meiste Interesse hätte, darauf zu dringen, daß an derartigen Tagen nur durchaus ernste, würdige Stücke zur Aufführung gelangen. Ich sehe nun wirklich nicht ein, warum ein Polizeidirektor in dieser Beziehung einen rigoroseren Standpunkt einnehmen sollte als der Führer der Zentrumspartei; man braucht doch nicht päpstlicher als der Papst zu sein (Geisterzeit und Sehr richtig!). Der Poli-

zeidirektor in Mannheim hat ohne Zweifel übers Ziel hinausgeschossen, indem er diese Konzertstücke verboten hat.

Es ist dann, im Anschluß an die Besprechung dieses Falles, überhaupt eingehender über die Haltung der Polizeidirektion in Mannheim und über die Mannheimer Polizeiverhältnisse im allgemeinen gesprochen worden. Es mangelt mir natürlich die Kenntnis der einschlägigen Vorgänge im einzelnen, um mir darüber ein abschließendes Urteil bilden zu können. Aber ich muß doch sagen: Wenn man so von allen Seiten hört, daß man im höchsten Grade mit einem derartigen Polizeiregiment unzufrieden ist, wenn man hört, daß im Bürgerausschuß von Mannheim nur eine Stimme der Verurteilung über dieses Regiment ist, so muß sich einem wohl überhaupt die Ueberzeugung aufdrängen: Der Herr Polizeidirektor, er mag sonst so tüchtig, so eifrig sein wie er will, er paßt eben nicht auf diesen Posten! Ein Polizeidirektor muß eben doch auch auf die lokalen Verhältnisse, auf die Gesinnung, auf die Veranlagung und das Naturell der Bevölkerung Rücksicht nehmen; und wenn nun einmal in Mannheim eine leicht erregbare, etwas empfindlichere Bevölkerung ist, dann muß man eben jemanden dort hinsetzen, der auch nach dem Grundsatz handelt: „Leben und leben lassen“, und der die Eigenart unserer Pfälzer respektiert, der nicht Alles mit dem Polizeistock dirigieren, der nicht den Maßstab einer kleinlichen, polizeilichen Anschauung an diesen aufgemerkten und lebenslustigen Volksstamm anlegen will. Ich glaube deshalb, daß hier wirklich das Ministerium zu weit gegangen ist, wenn es unter allen Umständen diesen Mann — dessen Persönlichkeit mich übrigens gar nicht interessiert, den ich mit meinem Wissen gar nicht kenne — auf diesem Posten zu halten bestrebt ist. Es hat ja auch durch die Ausführungen des Herrn Ministers durchgeklungen, daß er selbst sachtlich mit diesen Maßregeln nicht einverstanden ist; er selber würde gewiß das, was wir von diesem Herrn hörten, nicht getan, z. B. ein derartiges Konzertprogramm nicht beanstandet haben. Aber man hat im Ministerium die Meinung, im Interesse der Autorität der Behörde müsse man einen derartigen Beamten unter allen Umständen halten. Ich will ja durchaus diesen Standpunkt in gewissem Sinne gelten lassen; ich habe auch Verständnis dafür, daß man einen Beamten nicht ohne weiteres preisgeben kann, und daß hier das Ministerium des Innern — vielleicht im Gegensatz zu gewissen andern Behörden — mit Entschiedenheit für seine Beamten eintritt, damit sie wissen, daß sie an ihren Vorgesetzten einen Rückhalt haben. Aber man kann auch darin zu weit gehen. Und nur der Autorität der Behörde zu lieb einen Mann halten zu wollen, der an einem Orte unhaltbar geworden ist, schädigt unzweifelhaft höhere Interessen, die Autorität des Staates.

Ich habe überhaupt den Eindruck, als ob, was speziell die Handhabung der Polizeigewalt anbelangt, nicht nur in Mannheim, sondern auch an anderen Orten, etwas zu weit gegangen würde, und als ob man da öfters die Zügel zu scharf anziehe und zu harte und zu hohe Strafen über die Leute verhängt. Es sind ja schon in früheren Landtagen auch von mir Einzelheiten nach dieser Richtung hin vertragen worden. Ich habe den Eindruck, als ob dieses allzu scharfe Polizeiregiment auch damit zusammenhänge, daß man in dieses Ressort der Verwaltungstätigkeit vielfach gerade jüngere Herren hineinstellt. Die Verwendung im Polizeiressort ist ja — wenigstens war es in meiner Zeit so — die gewöhnliche Einführung des Praktikanten in die Verwaltungstätigkeit: Auf diesem Gebiete verdient er seine ersten Sporen, indem er Strafverfügungen zu entwerfen hat — ohne eigentlich eine Ahnung von der Tragweite der Sache zu haben! Natürlich werden

ja die Strafverfügungen in der Regel nachgeprüft, sie werden unter Umständen vom Chef redressiert werden; aber im allgemeinen wird doch gerade in größeren Städten die Polizeigewalt einem jungen Mann, einem Polizeiamtmann, der damit seine erste Anstellung als Amtmann erhält, ganz selbständig übertragen. Diese Seite der Tätigkeit der Polizei darf meiner Ansicht nach der Chef nicht aus der Hand lassen; er sollte jedenfalls immer ein scharfes Auge darauf haben und durch seine größere Erfahrung und Ruhe mildernd einwirken; denn mit zunehmendem Alter und mit größerer Erfahrung wird man in diesen Dingen sehr viel milder. So ein junger Herr hat die Meinung, er müsse mit aller Gewalt und in kürzester Zeit in seinem Bezirk die Sittlichkeit und öffentliche Moral auf ungeahnte Höhe hinaufbringen, und er glaubt, das könne er nur durch Strafen erreichen; er ist ja noch von einem ehrlichen, naiven Zorn gegen die Schlechtigkeit der Menschen erfüllt. Im Laufe der Jahre kühlt man sich aber sehr ab und man merkt, daß man es bei derartigen Gesetzesverletzungen sehr oft weniger mit schlechten, als mit dummen oder unglücklichen Menschen zu tun hat, bei denen viel weniger Zorn, als vielmehr Mitleid am Platze ist. Deshalb sollte man eben diese Seite der Verwaltungstätigkeit, die polizeiliche, mehr den älteren und erfahrenen Beamten überlassen, und sie nicht — einfach als Versuchstation jungen Leuten zuweisen.

Es ist dann auch darüber geklagt worden, daß vielfach von solchen Polizeidirektoren oder Polizeiamtmännern ein gewisser Druck auf ihre Schutzeleute geübt werde, damit diese möglichst viele Anzeigen machen sollen, daß die Vorgesetzten die Tüchtigkeit ihrer Untergebenen nach der Zahl der von diesen erstatteten Anzeigen beurteilen. Auch in r sind solche Klagen zu Thron gekommen, und ich würde es sehr bedauern, wenn das in größerem Umfang der Fall wäre.

Ich möchte nun eine andere, nicht unwichtige Seite der Tätigkeit des Ministeriums des Innern streifen, nämlich die Ueberwachung der Heimarbeit. Es ist in dieser Richtung in den letzten Tagen ein Artikel in der „Straßburger Post“ erschienen, in dem gesagt wird, daß vielfach bei uns die Löhne, die in der Hausindustrie gezahlt werden (z. B. in der Gegend von Billingen, vor Triberg usw.) direkt als Hungerlöhne zu bezeichnen seien. Das stand in der „Straßburger Post“, also in einem gewiß sehr gemäßigten Blatte. Nach den Angaben, die über diese Löhne gemacht worden sind, kann ich mich allerdings diesem Urteil nur durchaus anschließen. Ich bin ja davon überzeugt, daß die Großh. Regierung von sich aus ein wachsameres Auge darauf haben wird. Aber trotzdem müssen auch wir von uns aus diesem Gegenstand unsere größte Aufmerksamkeit schenken und dafür sorgen, daß in dieser Beziehung energisch Wandel geschaffen wird. Im hessischen Landtag hat man sich ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt und der derzeitige hessische Minister des Innern, Minister Braun, hat sich mit großer Wärme der Heimarbeit angenommen. Er hat gesagt: „es muß eine Besserung auf diesem Gebiete und eine ausreichende Kontrolle geschaffen werden, die Schaffung eines Minimallohnes müsse sich ermöglichen lassen, so daß die Heimarbeiter den Industriearbeitern gleichgestellt werden. Man müsse hier eine Politik des Herzens treiben.“ Das sind schöne und warme Worte, die ich von ganzem Herzen unterschreiben wollte.

Also im großen und ganzen, um es zusammenzufassen, können auch wir uns der Anerkennung, die dem Großh. Ministerium gesendet worden ist, anschließen und werden deshalb auch die neu angeforderten Kosten des neuen Ministerialdirektors und eines weiteren kollegialen Mitgliedes des Ministeriums des Innern gern bewilligen.

Ein Bedenken, das ich auch schon bei einem anderen Ressort vorgebracht habe, kann ich auch hier nicht unterdrücken; wenn ich die einzelnen Positionen, die im Budget des Ministeriums des Innern vorgeesehen sind, durchgehe, so ist hier eine sehr große Anzahl von Dienstzulagen bei den höheren Beamten vorgeesehen. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, möchte ich gleich hinzufügen, ich mißgönne den Herren durchaus diese Zulage nicht, und ich bin auch überzeugt, daß sie wohl verdient sind; ich möchte aber auch bei diesem Anlaß auf das Bedenkliche dieser Erscheinung aufmerksam machen, daß, während man dem Bestreben der mittleren und unteren Beamten nach Revision des Gehaltstarifes nicht entgegenkommt, und diese Wünsche von einem Landtag zum anderen unter Hinweis auf die schlechte Finanzlage zurückweist und auf die lange Bank schiebt, derartige Dienstzulagen in ziemlich großen und wachsenden Zahlen den höheren Beamtenstellen zugewiesen werden, und daß auf diese Weise eine vollständige Durchbrechung des Gehaltstarifes, eine Revision desselben im Verwaltungswege zugunsten der höheren Beamten durchgeführt wird, so daß nachgerade höhere Beamten, die nur ihren etatsmäßigen Gehalt beziehen, beinahe zu den Seltenheiten gehören. Mit diesem System muß gebrochen werden, und es macht auch einen schlechten Eindruck gegenüber den Wünschen der unteren Beamten, wenn man es aufrecht erhält. Es wird auf diese Weise eine große Unzufriedenheit hervorgerufen, und die Wertschätzung der Vorgesetzten und ihrer Selbstlosigkeit sinkt dadurch. Ich möchte deshalb dringend dem Gedanken Ausdruck geben, daß auf dem nächsten Landtag unter allen Umständen die Revision des Gehaltstarifes in die Erscheinung treten muß.

Ich komme nunmehr zu der politischen Tätigkeit unseres Großh. Ministeriums des Innern. Diese Tätigkeit hat viel weniger allgemeinen Anklang bei den bisherigen Rednern des Hohen Hauses gefunden. Es hat zwar das Zentrum durch seinen Redner auch in dieser Beziehung dem Ministerium eine gute Zensur ausgestellt, und wenigstens keinen Anlaß genommen, Ausstellungen zu machen. Es hat dagegen der Herr Minister schon mit Recht auf den eigentümlichen Zwiespalt hingewiesen, der in der Seele des Zentrums hier im Landtag und draußen im Lande in die Erscheinung tritt. Während wir hier keine nennenswerteren Ausstellungen gehört haben, ist der Chor draußen im Lande ganz anders. Der Herr Minister hat einzelne Beispiele angeführt, und man könnte sie beliebig vermehren. Es ist auch charakteristisch für das Zentrum, das doch sonst stets behauptet, auch für die „Freiheit“ neben der „Wahrheit“ und dem „Recht“ einzutreten, und sich als eine „Volkspartei“ bezeichnet, daß derartige Angriffe in seiner Presse gewöhnlich dann gegen den Herrn Minister des Innern gerichtet werden, wenn er nach unserer Auffassung durchaus recht gehabt, wenn er Ansichten aufgestellt hat, die eigentlich jeder halbwegs fortschrittlich und moderne Mensch, um einem in diesem Hause beliebigen Ausdruck zu gebrauchen, teilen sollte. Es hat der Herr Minister seinerzeit einmal gesagt, er möchte die Sozialdemokraten in diesem Hause nicht missen, und hat damit eine Selbstverständlichkeit, einen Gedanken ausgesprochen, den jeder von uns billigen muß. Es ist viel erspriechlicher für den Staat, wenn man die Vertrauensmänner der Sozialdemokratie hier in dieses Hohe Haus hineinkommen läßt, wenn man sie bezieht zu praktischer Mitarbeit an den Staatsaufgaben und wenn man sie zwingt hier Rede und Antwort zu stehen. Das ist besser, als wenn man ihnen die Türen zuhält, bis sie eines Tages eingeschlagen werden (Bravo). Ich halte das für eine gesunde und richtige Auffassung des Herrn Ministers und es ist befremdend, wenn er deshalb angegriffen wird. Ich habe hier ein Zentrumsblatt vor mir, das in einer sehr

hämischen Weise diese Sache behandelt, das die „Kreuzzeitung“ gegen den Herrn Minister zitiert, dieses Vorbild mittelalterlicher, reaktionärer Anschauung (Unruhe). Das ist meines Erachtens eine durchaus zutreffende und richtige Charakteristik der „Kreuzzeitung“. In dem zitierten Artikel sind die Worte des Herrn Ministers unter Anwendung von verschiedenen Ausführungszeichen sehr hämisch und abfällig behandelt und das Zentrumsblatt sagt dann ausdrücklich: „die evangelische „Kreuzzeitung“ hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen.“ Das ist eine sehr nette Illustration für die Auffassung der Begriffe Freiheit, Wahrheit und Recht!

Ich kann bei diesem Anlaß noch mit einigen Worten auf die Angriffe zurückkommen, die einzelnen Oberamt-männern wegen ihrer Tätigkeit während der Wahltagitation und speziell einem Herrn deswegen zuteil geworden sind, weil er mit mir zusammen eine Versammlung abgehalten hat, und weil er mir — es ist das schrecklich zu sagen, zu hören und zu sehen — sogar die Hand gedrückt haben soll. Es wurde ausgeführt, sogar in einem Artikel des „Bad. Beobachters“, das sei geschehen, obgleich ich seinerzeit gegen die Anforderung für das Erbgroßherzogliche Palais gestimmt hätte, mit der Begründung, es sollte jeder Vater seinem Sohn selber ein Haus bauen, obgleich einmal „ein Mitglied eines demokratischen Vereins“ gesagt habe, es werde erst dann besser, wenn an den Dämmen des letzten Pfaffen der letzte König hänge. Ich glaube dazu zwei Bemerkungen machen zu sollen: die erste Aeußerung ist nicht von mir. Der Herr Abg. Rüdch hat sie vielmehr gebraucht. Was den zweiten Ausspruch anbelangt, so wurde hier behauptet, er stamme von einem Mitglied des demokratischen Vereins, dann wieder vielleicht einem Mitglied des Konstanzer Vereins und schließlich hat ein Bekannter im Oberland bei mir angefragt, ob es denn wahr sei, daß ich dieses Wort erfinden hätte! Selbstverständlich hat keiner unserer demokratischen Vereine das Mindeste damit zu tun. Nach meinem Wissen stammt dieses Wort aus der Zeit der ersten französischen Revolution, und zwar aus dem Kreise ihrer Vorläufer, der Encyclopädisten. Ich war ursprünglich der Meinung, es stamme von dem früheren Franziskanerpater Eulogius Schneider, der mit der Guillotine im Elsaß herumreiste, ich habe mich aber verlässigt, daß es von dem bekannten Encyclopädisten Diderot stammt, der mit d'Alambert, Voltaire zusammen sich der persönlichen Freundschaft des Königs Friedrichs des II. von Preußen und der Kaiserin Katharina von Rußland erfreute. Ich bin also an diesem Worte vollständig unschuldig, und die derzeitigen Mitglieder der demokratischen Vereine sind ebenso unschuldig daran, und ich meine, das sollte der Badische Beobachter doch wissen und nicht auf solche Dinge greifen, nur um dem Herrn Oberamtman von Stodach etwas anzuhängen. Ich will der Vollständigkeit halber noch bemerken, daß man seit einiger Zeit in Zentrumsblättern mich als den Revolutionär Benedey schlechtweg bezeichnet. Ich bin nun nicht willens, einen solchen Vorwurf besonders schwer zu nehmen. Ich möchte aber doch sagen, ich bin jedenfalls heute kein gefährlicherer Revolutionär, als im Jahr 1891, wo ich erstmals gerade mit Hilfe des Zentrums in dieses Hohe Haus gewählt worden bin; ich bin dann 3, 4 mal vom Zentrum gewählt worden, und wenn ich ein solcher Revolutionär wäre, warum haben Sie das nicht früher gemerkt? Es macht einen merkwürdigen Eindruck, wenn man einen Mann, den man so und so vielmal gewählt hat, jetzt schlankweg als Revolutionär vor der ganzen Welt bezeichnet.

Ich wende mich nun der Kritik über die Tätigkeit des Ministeriums des Innern zu, welche ihm vonseiten der Sozialdemokratie zuteil geworden ist. Hier sind sehr leb-

hafte, und, wie ich gleich von vornherein sagen will, zum großen Teil berechtigte Angriffe erhoben worden. Es ist hier die Rede gewesen von der Auflösung einer Versammlung in Mannheim, welche von der Großh. Regierung gutgeheißen worden ist. Ich für meine Person bin der Meinung, daß diese Auflösung nicht zu Recht erfolgt ist, daß ein genügender Grund für die Auflösung nicht vorgelegen hat. Der Grund dafür war eine Aeußerung eines Redners, die dahin ging, man sei zwar von sozialdemokratischer Seite bestrebt, es nicht zu einer Gewaltanwendung kommen zu lassen, wenn es aber so fortgehe, wie bisher, wenn man in einzelnen deutschen Bundesstaaten, besonders in Preußen, die große Masse der Bevölkerung von der gesetzgeberischen Betätigung an unserem öffentlichen Leben fortgesetzt grundtätig fernhalte, so hätten es sich die Regierungsmachthaber selbst zuzuschreiben, wenn es eines Tages zu einer gewaltsamen Lösung kommen sollte. Nun, das war doch eigentlich nichts weiter als die Aussprache einer ganz unbestreitbaren politisch-historischen Wahrheit. (Zuruf: Sehr richtig!) Diese Wahrheit ist durch eine Reihe von Umwälzungen der Jahre 1789, 1830 und 1848 geschichtlich erhärtet worden: daß es nämlich mit der Naturnotwendigkeit zu Gewalttätigkeiten führen muß, wenn man die große Masse der Bevölkerung gewaltsam von der Betätigung in bezug auf das öffentliche Leben fernhält, wenn eine an der Herrschaft befindliche Klasse nicht genug Selbstüberwindung und Feingefühl besitzt, rechtzeitig und freiwillig auf einen Teil ihrer Herrschaft zu verzichten und anderen einen gewissen Anteil von Rechten einzuräumen. Jene Worte waren nach meiner Ansicht durchaus keine Drohung, sondern eine Warnung unter dem Hinweis auf politisch-historische Ereignisse, auf die naturnotwendige Entwicklung der Dinge; das ist kein genügender Grund zur Auflösung einer Versammlung. Es ist auch in der Tat in einem großen Teil unseres deutschen Vaterlandes die große Masse der Bevölkerung von der gesetzlichen Betätigung auf politischem Gebiet nahezu ganz ausgeschlossen. Man hat sogar Gesetze gemacht, die lediglich diese grundsätzliche Fernhaltung bezwecken und auch in der Tat erreicht haben.

Ich will nicht auf Mecklenburg hinweisen, das ja z. Bt. noch keine Verfassung hat; denn dort besteht ja die Möglichkeit, daß die Sache sich bessern wird, nachdem eine Mecklenburgische Prinzessin faute de mieux einen montenegrinischen Prinzen geheiratet und ihr Schwiegervater in Montenegro neuerdings eine Verfassung eingeführt hat. Auf diesem Umwege über Montenegro wird vielleicht auch Mecklenburg eine Verfassung erhalten (Heiterkeit). Wichtiger ist die Sache schon in Sachsen, dem größten Industriestaat Deutschlands, in dem die Sozialdemokratie gegen 60 Proz. der Wählerschaft bei den Reichstagswahlen ausmacht; sämtliche Wahlkreise hatte die Sozialdemokratie 1903 dort erobert. Nun ist vor ca. 10 Jahren das Wahlgesetz dort in einer Weise geändert worden, daß die Sozialdemokratie zunächst vollständig ausgeschlossen war, und jetzt nur ein einziger Sozialdemokrat in der Zweiten Kammer ist.

Am allerbedenklichsten sind aber die Zustände in Preußen, wo wir sehen, daß vermöge des dort bestehenden Dreiklassenwahlsystems es der Sozialdemokratie vollständig unmöglich gemacht worden ist, auch nur durch einen Vertreter auf gesetzlichem Wege im Parlament ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Dieser Zustand kann allerdings ohne eine Aenderung nicht noch 20, 30 oder 40 Jahre aufrecht erhalten werden. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß selbst Rußland nach seinem neuen Gesetz über die Reichsduma eine fortschrittlichere Volksvertretung haben wird als Preußen, daß selbst in Rußland Sozialdemokraten, Vertreter der Arbeiterklasse, in die gesetz-

gebende Körperschaft hineingewählt werden. In Oesterreich ist zurzeit das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht von der Regierung in Vorschlag gebracht und wir hören Ministerreden, die von wahrhaft staatsmännischem freisheitlichem Geist durchdrungen sind.

Gegenüber diesen Zuständen im Ausland kann man sich nicht wundern, daß man sich auch bei uns nach besseren Verhältnissen sehnt. Es ist nicht möglich, daß man dem Rad der Zeit in die Speichen fällt, sonst wird es unsanft über uns hinwegfahren. Jene Neußerung war also keine Drohung, sondern nur ein Hinweis auf geschichtliche Lehren. Man denke sich die Sache einmal umgekehrt, daß etwa ein preussisches Gesetz bestünde, welches den konservativen Grundadel grundsätzlich von der gesetzgeberischen Tätigkeit ausschließen würde, oder wenn in Bayern ein Wahlgesetz erlassen würde, das die Katholiken zu Bürgern zweiter Klasse macht und sie grundsätzlich von der Tätigkeit im Landtag ausschließt, so weiß ich nicht, ob man sich das gedulbig so viele Jahrzehnte und Generationen hindurch, Menschenalter hindurch, gefallen ließe und ob man nicht zu einer Revolution schreiten würde.

Wenn man so empfindlich ist gegenüber derartigen Neußerungen, wie man sie in der Mannheimer Versammlung gehört hat, so möchte ich nur daran erinnern, daß es auch schon Staatsstreich von oben herab gegeben hat. Im Jahre 1866 ist es gar nicht so ganz säuberlich zugegangen und der leitende Staatsmann hat damals, ohne mit einer Wimper zu zucken, drei Fürsten von Gottes Gnaden von ihrem Thron herabgestoßen, weil er der Meinung war, daß das im Interesse des Vaterlandes liege, wie er es aufnahm. Man sollte also nicht gegenüber derartigen Neußerungen, wie sie hier laut werden, eine so unglaubliche Empfindlichkeit und Bartnervigkeit an den Tag legen. Wenn der Herr Minister gesagt hat, es habe sich darum gehandelt, daß man bei diesen Versammlungen am 21. Januar die russische Revolution habe verherrlichen wollen, bei der das russische Volk sich mit Blut und Mord zu seinem Recht verhalfen wollte, so muß ich für meine Person sagen: In Rußland war und ist eine friedliche Entwicklung der Dinge unmöglich. Die Verhältnisse liegen dort so, wie sie in Frankreich vor 1789 lagen, und das russische Volk tut z. St. nichts anders, als was das französische Volk im Jahre 1789 und was ein großer Teil unseres deutschen Volkes 1848 getan hat in den Staaten, in denen damals noch der Absolutismus herrschte. Ich glaube auch nicht, daß der Herr Minister — dazu ist er wirklich ein zu liberaler und zu moderner Mann — die Bewegung des Jahres 1789 und ihre Folgen mit einem Federstrich aus der Geschichte wegstreichen wollte. Er weiß so gut wie wir, daß wir auf jener Bewegung saßen und daß wir ohne sie heute weder einen deutschen Reichstag noch einen badischen Landtag hätten. Das hat ja übrigens auch bei unserem Herrn Minister selber durchgeklungen, daß er mit der Auflösung in diesem Falle eigentlich nicht einverstanden war, und es war vielleicht auch hier wieder eine zu weitgehende und zu noble Auffassung der Solidarität der Beamten und der Autorität der Behörden, wenn er trotzdem sich nicht zu einer Desavouierung der Maßregeln eines seiner Untergebenen entschließen konnte.

Ich komme nun mit einigen Worten zu einer Ausführung des Herrn Abg. Binz, die diesen Gegenstand behandelte. Er hat die Auflösung der Versammlung in Mannheim, wenn ich ihn recht verstanden habe, nicht gebilligt. Im übrigen hat er aber gesagt: man müsse bei diesen Dingen den Blick über die Grenze hinausrichten, und dieser Ansicht bin ich ebenfalls vollständig. Auch ich bin der Meinung, man muß auch die Wirkung auf das Ausland berücksichtigen. Aber gerade deshalb komme ich

zu einem vollständig entgegengesetzten Ergebnis wie der Herr Kollege Binz. Gerade deshalb sage ich: diese Dinge, wie sie bei uns am 21. Januar vorgekommen sind, wo man einen Teil des Volkes, das Volk in Waffen, die Armee, geradezu gegenüber dem anderen Teile aufgebieten und bewaffnet hat, als ob es sich um den Anfang einer Revolution handele, als ob man unmittelbar vor dem Ausbruch der größten Unruhen in ganz Deutschland stehe, sind durchaus nicht geeignet, unser Ansehen im Auslande zu stärken. Entweder glaubt man im Auslande, daß die Verhältnisse bei uns so zugespitzte und so unsichere seien, und dann ist das nicht geeignet, gerade in kritischen Zeitläuften, wie es ja die jetzigen sein sollen nach der Neußerung des Herrn Ministers, unser Ansehen und unser Gewicht bei den anderen Staaten zu verstärken. Oder man glaubt diese Dinge nicht, dann lacht man darüber im ganzen Auslande. Dann ist es auch nicht erhebend, wenn man über die Maßregeln lacht, die die Staatsmänner unseres Vaterlandes vorgenommen haben. Ich glaube, gerade von diesem Gesichtspunkt aus sollte man sich die furchtbare Angst — ich kann nicht anders sagen — die gegenüber der Sozialdemokratie in den höheren Kreisen zu herrschen scheint, mindestens nicht so sehr anmerken lassen. Man sollte wenigstens eine gewisse größere Kaltblütigkeit und Haltung nach außen bewahren, anstatt eine Nervosität und Nengstlichkeit an den Tag zu legen, die durchaus ungerechtfertigt ist. Die Dinge sind im allgemeinen ruhig verlaufen, und sie wären noch viel ruhiger verlaufen, wenn man nicht in dieser Weise von Seiten der Beförderung dagegen eingeschritten wäre. In anderen Staaten, wo man das nicht tut, sind die Gegensätze lange nicht so zugespitzt, und derartige Dinge verlaufen viel harmloser als bei uns. Ich möchte übrigens nur kurz dem Gedanken Ausdruck geben, daß diese ungeheure Furcht vor der Sozialdemokratie ein großes Unglück für unsere Verhältnisse ist, daß sie wie ein Alpdruck auf uns lastet, daß sie einen Zusammenschluß aller freisheitlich gesinnten Elemente gegenüber der Reaktion heute ungeheuer erschwert und daß sie nur Wasser auf die Mühlen der Reaktionen führt, die daran ihre helle Freude haben, wenn sie sehen, daß der Staat, anstatt in fortschrittlichem und freisheitlichem Sinne zu wirken, seine ganze Kraft und Autorität dazu aufbietet, um gegen eingebildete Gefahren zu Felde zu ziehen. Meines Erachtens kann man, wenn eine Gefahr hier besteht, diese nicht bannen durch derartige ängstliche nervöse Maßregeln, sondern nur durch eine großzügige Politik weitgehender politischer und wirtschaftlicher Reformen, durch eine ehrliche und gründliche Durchführung der Grundlagen jedes modernen Verfassungswesens, und das sind die Grundprinzipien der Freiheit und der Gleichberechtigung Aller! (Bravo!)

Der Herr Abg. Binz hat nun weiter ausgeführt, unter Umständen werde durch derartige Kundgebungen, wie sie hier geplant waren, die auswärtige Politik unserer Regierung durchkreuzt; deshalb müsse man ein schärferes Auge auf sie haben. Ich wäre dem Herrn Kollegen Binz sehr zu Dank verpflichtet, wenn er mir sagen wollte, welches die auswärtige Politik der Regierung in diesem Moment 5.35 Uhr nachm. ist (Heiterkeit). Es wäre wünschenswert, wenn man sie in diesem Moment präzisieren könnte, um zu erfahren, ob sie nach 12 Stunden noch dieselbe wäre. Man muß sagen: Das einzig bleibende in der Flucht der Erscheinungen bei unserer auswärtigen Politik ist in der Tat nur der Wechsel. Dieser Zickzackkurs, der da an den Tag gelegt wird, schädigt meines Erachtens unsere auswärtige Politik viel mehr, als wenn man einmal eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden läßt, bei der ein Ausländer irgend eine Rede an unsere deutschen Landleute hält. Wenn man liest, daß heute beispielsweise die deutschen Delegierten in Algeciras

sich mit Hand und Fuß gegen einen Beschluß, der dort gefaßt wird, wehren und sich der kläglichen Isolierung an der Seite dieser marokkanischen Häuptlinge und an der Seite des durch innere Schwierigkeiten an Hand und Fuß gebundenen Oesterreichs aussetzen, und wenn am anderen Tage die „Norddeutsche Allg. Zeitung“ einen Dithyrambus des Entzückens gegenüber dem Beschlusse schreibt, den man Tage vorher bis aufs Messer bekämpft hat, so muß man sagen: derartige Dinge sind viel mehr geeignet, das Ansehen, die Achtung und Wertschätzung unserer Politik im Auslande zu beeinträchtigen, als wenn einmal in einer Volksversammlung etwas über die Schnur gehauen wird.

Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß es nur gut tun kann, wenn wir uns etwas mehr mit den auswärtigen Fragen beschäftigen, wenn auch unsere Bevölkerung diesen Dingen ein gewisses Augenmerk zuwendet. Sonst erwacht man eines Morgens und steht vor einer Ueberflutung, bei der dann die Nation mit ihren gesunden Knochen erhalten muß. Ich glaube nicht, daß es sich bei der auswärtigen Politik um eine Geheimwissenschaft handelt, etwa in der Art, wie sie die Mediziner der Indianer in Amerika für sich in Anspruch nehmen (Heiterkeit). Fürst Bismarck war darüber ganz anderer Ansicht. Als er seinerzeit sich in Frankfurt auf dem Bundestag unter der Blüte der Diplomaten der deutschen Nation befand, da schrieb er einmal, man solle ihm den Mayer oder Schulze — auf den Namen kann ich mich nicht mehr erinnern, der Wortlaut ist mir nicht mehr im Gedächtnis — sauber angezogen und gut gewaschen nach Frankfurt schicken, er werde mit ihm Staat machen! Das war natürlich eine geistreiche Uebertreibung, aber ein köstliches Wahrheitsstück an der Sache. Die sozialen Fragen, die verschlungenen Fragen des Rechtslebens, zu deren Lösung und Mitarbeit unser Volk herangezogen wird, sind unter Umständen gerade so schwierig wie die auswärtige Politik, wo es sich vielleicht um einfache, in die Augen springende Lebensfragen einer Nation handelt.

Was nun speziell die Behandlung der Ausländer in der Versammlung anbelangt, so bin ich der Meinung, daß auch diese durchaus nicht gerechtfertigt war, und daß sie sich nach unseren Gesetzen nicht wohl aufrecht erhalten läßt. Ich sehe nicht ein, was es verschlagen hätte, wenn ein Mann wie Jaurès seine machtvolle imposante Persönlichkeit, seine glänzende Beredsamkeit und seine aufrichtige Friedensliebe in den Dienst seiner Sache auch bei uns einmal gestellt hätte, und ich sehe auch nicht ein, wenn man in Berlin Jaurès das verboten hat, weshalb wir es im Kleinen bei uns nachmachen und den Herren Adler, Caprini und Greulich in Konstanz das Reden verbieten müssen. Ich glaube auch, daß kein genügender Anhalt dafür in unseren Gesetzen vorhanden war.

Das wäre nur zu billigen, wenn zu befürchten gewesen wäre, daß der Staat oder die öffentliche Sicherheit durch ihr Auftreten gefährdet sei. Ich bin aber der Meinung, daß unser Staat doch immerhin zu stark und gefestigt dasteht, als daß er durch eine Rede eines Herrn Greulich oder Adler irgendwie geschädigt werden könnte. Ich glaube, daß es gerade gegenüber gewissen kriegerischen Bestrebungen ganz gut ist, wenn man auch einmal Redner anderer Nationen hört, die uns sagen, daß ihre Völker von derartigen kriegerischen Verheerungen ebensowenig wissen wollen, wie bei uns. Wenn die Leute dabei sich vielleicht in eine scharfe Kritik unserer inneren Verhältnisse eingelassen hätten, wenn sie über die Schnur gehauen und Staatsgefährliches gesagt hätten, hätte man ein Recht gehabt, dagegen einzuschreiten. Aber man wußte, daß es sich nicht um Anarchisten oder staatsgefährliche Subjekte, sondern um geachtete Parlamentarier anderer Staaten handelte, und man

mußte abwarten, was die Herren zum Besten geben würden. Ich glaube, daß das auch die Auffassung der zuständigen lokalen Behörden war, und die gegenteilige Auffassung von hier aus ging und weiter hierher von Berlin aus geleitet wurde, und daß dort die endgiltige Entscheidung in dieser Sache gegeben worden ist. Geschadet würden diese Reden wohl nichts haben; die Sicherheit würden sie nicht gefährdet haben. Aber in Berlin würde es sehr verschlimmert haben, wenn man die Herren hier hätte reden lassen, während man in Berlin den viel größeren Bod geschossen und Jaurès das Wort verboten hatte. Und deshalb war es wohl ein Ausfluß dieser Rücksicht auf Preußen, daß unser Ministerium dies Verbot in Konstanz hat ergehen lassen.

Ich verstehe es durchaus, wenn der Herr Minister es betont, wir müßten freundschaftliche Beziehungen zu anderen Bundesstaaten unterhalten; aber man darf darin nicht zu weit gehen. Wenn wir uns als freie, selbständige, geistige Männer, als wirklich liberale Männer fühlen — und ich möchte hier auch den Herrn Minister einschließen in diese Bezeichnung im weitesten Sinne — so können wir uns nicht täuschen, daß zurzeit in Preußen von Liberalismus nicht das Mindeste zu spüren ist, daß man sich in Preußen durchaus auf reaktionärem Wege bewegt, daß man dort nicht auf den Liberalismus, sondern auf die Reaktion der katholischen und protestantischen Linie sich stützt und sie als den wahren Hort und Hüter unseres Staates betrachtet. Ich glaube, demgegenüber sollten wir unseren traditionellen Aufgaben unseres Staates uns wieder bewußt werden, die freigeitlichen Anschauungen, den Liberalismus, wie er immer eine gute Stütze bei uns in Baden gehabt hat, auch gegenüber Preußen entsprechend zur Geltung zu bringen; und wir hätten schon manches Uebel verhüten können, wenn wir das stets getan hätten.

Ich glaube, es liegt nicht im Interesse Preußens, des Reiches und unseres eigenen Staates, wenn man eine zu weitgehende Konnivenz gegenüber der derzeitigen preussischen Regierung an den Tag legt. Es wäre wohl, um ein Beispiel hervorzuheben, besser gewesen, wenn die Großh. Regierung sich zur Zeit der Zuchthausvorlage auf den Standpunkt ihrer Fabrikinspektion gestellt hätte, die in dem im Auftrag des Großh. Ministeriums des Innern herausgegebenen Inspektionsberichte es aussprach, daß der tiefste Friede im allgemeinen bei uns zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herrsche, und wenn sie nicht ihre Zustimmung zu einem Zuchthausgesetz gegenüber der Arbeiterchaft gegeben hätte; wenn sie erklärt hätte, wir können dem nicht beistimmen, sondern werden unseren Gesandten im Bundesrat instruieren, daß er sowohl dort, als auch im Reichstag mit aller Entschiedenheit unseren gegenteiligen Standpunkt vertritt und Front macht gegen diese reaktionäre Maßregel, die hier vorgeschlagen wird. Ich möchte bezweifeln, ob Preußen es auf einen derartigen Affront hätte ankommen lassen!

Ich möchte auch auf ein Beispiel aus der allerletzten Zeit hinweisen, das uns zeigt, daß diese weitgehende Konnivenz der Regierung gegenüber Preußen auch nicht im Interesse unseres Landes liegt. Wir haben vor wenigen Wochen uns hier beim Budget des Staatsministeriums über die Verhältnisse der Post unterhalten und uns dabei über die Auslegung der Konvention seitens der Reichspostverwaltung hier ausgesprochen. Wir waren einstimmig in dieser Angelegenheit der Meinung, daß diese Auslegung keine loyale sei, und daß sie nicht dem Sinne des Gesetzes entspreche, wenn sie sich auch vielleicht mit einer geschraubten Auslegung des Wortlautes in Einklang bringen ließe. Der Vertreter der Regierung, Herr Minister von Marschall, hielt es aber für zweckmäßig, die

Loyalität der Reichspost zu betonen, und in dieser Richtung seine Anerkennung auszusprechen. Herr Kollege Duffner, der auch im Reichstage ist, brachte einige Wochen darauf den Gegenstand dort zur Sprache, und hier präferierte einfach Herr Staatssekretär Kräfte die Erklärung der Großh. badischen Regierung, welche die Loyalität der Reichspostverwaltung anerkannt habe. Alles, was wir hier gesagt haben, war somit pro nihilo in den Wind gesprochen, und von der ganzen Sache bleibt nichts übrig, als daß der Herr Minister es sehr überflüssigerweise für notwendig hielt, die Loyalität der Reichspostverwaltung zu betonen. Da sieht man, daß eine zu weitgehende Konnivenz unter Umständen unsere Interessen und die unserer badischen Landesfinder auf das schwerste zu schädigen geeignet ist.

Ich glaube, auf diese übermäßige Konnivenz gegenüber Preußen auch die Erhebungen über die politische Gesinnung unserer Rekruten von Seiten unserer Regierung zurückzuführen zu müssen. Der Herr Minister sagt zwar: Ueber die Gesinnung würden keinerlei Erhebungen gemacht, sondern nur in der Richtung, ob die Leute, wie es in dem Erlasse heißt, wenn auch ohne eine führende agitatorische Stellung einzunehmen, in ihrem äußeren tatsächlichen Verhalten als der Sozialdemokratie angehörige Persönlichkeiten zu betrachten sind. Welche äußeren Tatsachen hat man dabei im Auge? Was sind das überhaupt für besondere Tatsachen, in denen sich die Gesinnung kundgibt? Es kann sich hier um das Auftreten in Versammlungen handeln; und das ist doch ein verfassungsmäßig verbrieftes Recht jedes Deutschen, daß er bei derartigen Gelegenheiten seine Ansicht kundgibt. Ich halte es für durchaus ungesetzlich, wenn man deswegen Erhebungen anstellt, und die Leute auf diese Weise in gewissem Sinne gegenüber der Militärbehörde von vornherein anschnärzt oder richtiger rot anstreicht. Ich meine, es wäre besser, wenn man derartige Zumutungen von Preußen entschieden zurückweisen würde, als sich durch solche Konnivenz in eine so peinliche Lage versetzen zu lassen, wie wir seinerzeit unseren Herrn Minister in dieser Frage gesehen haben. Ich muß sagen, seine Unterscheidung zwischen „Gesinnung“ und „äußerer Haltung“ macht mir einen sehr gekünstelten Eindruck. Das erinnert mich an Preußen, wo man seinerzeit in der Konfliktzeit eine Unterscheidung zwischen „Meinung“ und „Aeußerung“ der Abgeordneten machte, und es tatsächlich dahin brachte, Abgeordnete wegen Reden, die sie im Abgeordnetenhaus hielten, auf die Festung zu schicken. Das war eine ähnliche gekünstelte Auslegung, die ich auf keinen Fall als stichhaltig betrachten kann. Ich war wirklich der Meinung, nachdem eine Erörterung über diesen Gegenstand auf dem letzten Landtag stattgefunden hatte, nachdem man von allen Seiten dem Wunsche Ausdruck gegeben hatte, es sollen doch derartige Erhebungen bei uns unterlassen werden, daß das Rückgrat des Ministeriums genügend gesteiht ist, um mit Entschiedenheit den Standpunkt des badischen Volkes gegenüber Preußen zum Ausdruck zu bringen, und ich kann es gerade deshalb, weil wir im übrigen der Tätigkeit des Herrn Ministers durchaus Anerkennung gezollt haben, weil wir auch der Meinung sind, daß er in anderen Fragen einen verhältnismäßig liberalen Standpunkt eingenommen hat, daß er — ich will aus meinem Herzen keine Mördergrube machen — so liberal ist, wie es bei uns zurzeit möglich ist, es nur auf das lebhafteste bedauern, daß derartige Dinge aus zu weit gehender Konnivenz gegenüber Preußen vorkommen, und ich glaube, es wäre eine schönere, größere und dankbarere Aufgabe, wenn an Stelle dieser Konnivenz einmal eine entschiedene Opposition gegen diese reaktionären Bestrebungen von Preußen träte, und wenn auf diese Weise dem manchmal sehr falsch angewandten Worte

vom badischen Musterstaat im guten Sinne wirklich zur Geltung geholfen würde. Die Auslegung des Herrn Ministers schien mir, wie gesagt, sehr ansehnlich; sie erinnerte mich an das Wort: „Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten“, aber in der Sache kann ich mich durchaus nicht einverstanden erklären, und meine beinahe, daß er selber die Empfindung hat, man sollte derartige Dinge lieber nicht tun.

Ich möchte ihn auffordern, bei derartigen Konflikten lieber dem eigenen liberalen Empfinden nachzugeben, als der Konnivenz gegenüber den reaktionären Bestrebungen Preußens. Man betrachtet es allerdings vielfach als patriotisch und vaterländisch, dem nachzugeben, man meint, das Interesse des deutschen Vaterlandes verlange es. Ich bin der Meinung, daß diese preußischen Bestrebungen, wie ich sie hier gekennzeichnet habe, mit dem Kern des deutschen Wesens sehr wenig zu tun haben. Das deutsche Wesen hat zu allen Zeiten einen starken Einschlag von Achtung für den Nebenmenschen und seine Gesinnung, von Duldsamkeit gehabt, und ich glaube, meine Ausführungen zur Betätigung dieser meiner Ansicht nicht besser schließen zu können, als indem ich auf das schöne Wort hinweise, da dieser Tage Professor Schüding von Marburg bei ähnlichen Ausführungen ausgesprochen hat: „Deutsch sein heißt gerecht sein“ (Beifall).

Abg. Mayer-Mannheim (natl.): Der Herr Abg. Süßkind hat letzten Samstag eine Rede von reichlich 2 Stunden gehalten, und ich muß sagen, daß mir der Inhalt derselben nicht im Verhältnis zu ihrer Ausdehnung zu stehen schien. Ich hatte die Erwartung, daß er nun in seinen Angriffen gegen den Mannheimer Polizeidirektor, aus denen sich ja seine Rede zusammensetzen sollte, eine Menge von neuem und gewichtigem Material zu Tage fördern würde. Aber ich für meine Person habe wenig neues darüber zu hören bekommen. Er hat meistens Tatsachen reproduziert, die nach allen Richtungen und schon lange Zeit in den Zeitungen behandelt und ventilirt waren. Ich habe die kräftigen Worte vermisst, die er hätte bringen müssen, um wirklich zu erweisen, daß die Mißstimmung, die er als in Mannheim in allen Kreisen vorhanden bezeichnet hat, tatsächlich vorhanden ist. Es ist ja so begreiflich, daß die Polizei, die als Hüterin der Ordnung aufgestellt ist, nirgends sehr viele Freunde finden wird, sondern daß man ihre Maßnahmen, die sie zur Erreichung des ihr vorgeschriebenen Zieles ergreift, kritisiert, und sich dagegen wendet. Wenn der Herr Abg. Süßkind in der Lage gewesen wäre, dem Herrn Polizeidirektor Schäfer in Mannheim Vorwürfe zu machen, daß er gesetzliche Bestimmungen nicht richtig angewendet habe, so würde ich das durchaus berechtigt finden, daß er diese Klage hier vorbringt. Aber das hat er uns durchaus nicht gesagt, er hat nur gesagt, daß der Herr Polizeidirektor Schäfer die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in allzu großer Schärfe und Strenge anwendet, und daß deshalb sein Polizeiregiment in Mannheim mißlieblich empfunden wird. Ich habe gar keine Veranlassung, mich hier als Verteidiger des Herrn Schäfer aufzuspielen. Er hat auch in dem Herrn Minister einen so warmen Verteidiger gefunden, daß ihm die Aeußerungen, die am Samstag vom Regierungstisch gefallen sind, wahrscheinlich viel wertvoller sind, als was ich etwa zu seinen Gunsten sagen könnte.

Der Herr Abg. Süßkind hat, als er von der Versammlung vom 21. Januar sprach, uns erzählt, daß der Polizeidirektor Schäfer eine Reihe von Veröffentlichungen, Bekanntmachungen, Verfügungen erlassen habe, gewissermaßen warnenden Inhalts, und hat ihm das zum Vorwurf gemacht. Aber, ich glaube, daß die vorbereitenden



Warnungen eine sehr gute Wirkung gehabt haben; das konnten wir entnehmen aus den Artikeln, die der Abg. Süßkind uns aus der „Volksstimme“ vorgelesen hat, worin die Parteigenossen des Herrn Süßkind aufgefordert wurden, Ruhe und Ordnung zu halten, um Zwistigkeiten und Zusammenstöße mit der Polizei zu verhindern. Wenn die Warnungen des Herrn Direktor Schäfer diese Wirkungen gehabt haben, so glaube ich doch, dürfen wir wohl annehmen, auch im Interesse der sozialdemokratischen Partei selbst, daß die Warnungen berechtigt waren und ihren Zweck wohl erfüllt haben. Denn es liegt weder im Interesse der sozialdemokratischen Partei, noch der bürgerlichen Parteien einen Zusammenstoß zwischen Polizei und Bevölkerung zu provozieren (Zwischenruf des Abg. Süßkind). Sie haben ja später Gelegenheit, wenn meine Ausführungen Ihnen nicht gefallen, darauf zu antworten.

Ich glaube, daß das Bild, das der Herr Abg. Süßkind von dem Herrn Polizeidirektor Schäfer entworfen hat, ein vollständig einseitiges war (Zwischenruf des Abg. Süßkind, Präsident: Ich bitte die Zwischenrufe zu unterlassen!). Denn er hat nur die Dinge genannt, die ihm in seinen Kram gepaßt haben, er hat aber nicht erwähnt, daß auch die Einrichtungen, die wir in Mannheim dem Polizeidirektor Schäfer verdanken, von hervorragender Wirkung waren, und es wäre im Interesse der Gerechtigkeit gewesen, wenn er nicht einseitig nur die Nachteile, von denen ich manche recht wohl kenne, sondern auch die Eigenschaften und Wirkungen seiner Tätigkeit zum Ausdruck gebracht hätte.

Eine Wirkung dieser einseitigen Darstellung konnten wir jetzt eben wieder aus der Rede des Herrn Abg. Benedey entnehmen, der natürlich nach dem Bilde, was ihm hier geschildert wurde, meiner Ansicht nach auch zu einem etwas einseitigen Urteil über die Tätigkeit des Herrn Schäfer gekommen ist.

Der Herr Abg. Süßkind hat gesprochen von den vielen Strafverfügungen. Ich habe zufällig Gelegenheit gehabt zu hören, daß von den von der Polizeidirektion Mannheim erlassenen Strafverfügungen nur 4 Proz. überhaupt beanstandet wurden von Seiten der mit Strafe Belegten, und daß von den zum gerichtlichen Austrag gekommenen Strafverfügungen noch nicht  $\frac{1}{2}$  Proz. verhandelt worden ist. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß die Auflösung jener Versammlung vom 21. Januar eine kluge Maßnahme war. Ich kann mir auch nicht denken, daß der Redner in jener Versammlung, wenn man ihn noch einige Minuten hätte weiter reden lassen, viel mehr gesagt hätte, als das, was wir tagtäglich in den Zeitungen lesen. Aber durch diese Auflösung ist zweifellos eine Reizung erfolgt; und was diese Reizung für Folgen hat, das haben wir daraus gesehen, daß nun diese Auflösung der Versammlung vom 21. Januar in Mannheim hier wieder zum Gegenstand weitgehender Erörterungen gemacht wird, daß sie wieder dazu geführt hat, die Unterlage für Angriffe gegen die Polizeidirektion und gegen die Regierung abzugeben. Hätte man den Herrn ruhig zu Ende sprechen lassen so wäre ganz gewiß die Welt nicht in Brand geraten, und man hätte, ohne die Auflösung ein besseres Ziel erreicht als so.

In seinen Ausführungen hat der Herr Abg. Süßkind uns ferner mitgeteilt, daß das Bezirksamt in Mannheim gewissermaßen eine Agentur für das Zentrum geworden sei; deshalb, weil man dort den Leuten die Zu- und Abgänge mitteilt, und weil diese daraus für ihre eigenen Bestrebungen Kapital schlagen (Zurufe). Auf meine Erkundigung erhielt ich die Auskunft, die ich mir als wahrscheinlich schon vorher gedacht hatte. Die von Herrn Polizeidirektor Schäfer nach Hamburger Muster eingerichtete Kartenregistratur steht Jedermann zur Einsicht offen; es ist nun nicht von der Zentrums-

partei, sondern von der katholischen Steuerbehörde Einsicht in diese Karten verlangt worden — zu dem Zwecke, ihre Steuerrückstände zu kontrollieren. Wenn nun die Herren die ihnen für diesen Zweck gewordene Auskunft dazu benutzten, um für ihre eigenen Ideen noch Weiteres zu tun, dann kann nach meiner Ansicht doch keinesfalls dafür das Bezirksamt verantwortlich gemacht werden.

Der Herr Abg. Süßkind hat ferner die Wahlkreiseinteilung bei der letzten Landtagswahl beanstandet. Demgegenüber möchte ich doch hier feststellen, daß der Stadtrat Mannheim, als er über den Vorschlag der Regierung hinsichtlich der Wahlkreiseinteilung gehört wurde, einstimmig dieselbe gutgeheißen hat; und in dem Stadtrat in Mannheim ist auch die sozialdemokratische Partei vertreten. Es waren aber auch in der Wahlkommission Sozialdemokraten zugegen und es ist von einem Sozialdemokraten die Äußerung gefallen, daß man mit dieser Wahlkreiseinteilung sehr zufrieden sein könnte, weil sie tatsächlich für die Sozialdemokratie sehr günstig sei. (Abg. Süßkind: Das sagte Herr Baffermann!) Das war nicht Herr Baffermann, das war ein Mitglied Ihrer Fraktion und ich kann mich auf ein authentisches Zeugnis außerdem berufen. Der Herr Abg. Süßkind hat in einer Sitzung hier in diesem hohen Hause (Zurufe) über den Bezirk, in dem ich gewählt wurde, den Bezirk IV gesagt: die Einteilung sei sehr glücklich gewesen, so glücklich, daß meine Wahl überhaupt nur mit großer Anstrengung zustande zu bringen gewesen sei (Zuruf des Abg. Süßkind).

Ich wollte eigentlich auf die nun schon des öfteren besprochene Mannheimer Konzertangelegenheit nicht wieder zurückkommen; durch die Ausführungen, die der Herr Minister in seiner Beantwortung gemacht hat, bin ich aber dazu gezwungen — und ich bin noch mehr dazu gezwungen, als in einem Erlaß ausgesprochen wird, daß ein begründeter Anlaß, diese Verfügung aufzuheben, nicht vorliege.

Man hat in Mannheim die Empfindung, daß in solchen Konzerten nicht ganz mit einerlei Maß gemessen werde, sondern daß man einen verschleierte Maßstab anlegt, je nachdem diese Veranstaltungen in diesem oder jenem Lokal stattfinden. Ich glaube, in der Eingabe, die die Rosengartenkommission an das Hohe Ministerium richtete, ist wohl auch in der Gegenüberstellung der bezüglichen Programme des „Rosengarten“ und des „Friedrichspark“ klar zum Ausdruck gekommen, daß das Maß, mit dem man messe, nicht ein absolut gleiches war. Man kann über Musikaufführungen denken wie man will; aber wie man zu einem Urteil kommen kann, daß die in Frage stehenden Nummern, die auf einem Programm des Rosengarten standen, irgendwie an einem solchen Tage das religiöse Empfinden verletzen könnten — das ist mir unerfindlich. Man kann ja schließlich von einem Polizeidirektor nicht verlangen, daß er so musikalisch ist; aber der Herr Abg. Benedey hat nach meiner Meinung ganz richtig ausgeführt, man sollte eben auch nicht nur nach dem Buchstaben des Gesetzes, sondern nach allgemein menschlichem Empfinden urteilen; und wenn der Herr Polizeidirektor dieses allgemeine menschliche Empfinden zur Richtschnur seiner Maßnahmen gemacht hätte, dann hätte er die Empfindung haben müssen, daß solche Musik nur erheben, daß sie nur feierlich stimmen und daß sie an einem solchen Tage irgendwie religiöse Empfindungen nicht verletzen kann.

Wir haben bedauert, daß in Mannheim schon lange eine gewisse Animosität zwischen Stadtverwaltung und Amtsverwaltung besteht; und dieses Gefühl ist in Mannheim kein ganz neues. Es ist schon sehr lange her, daß ich, als Bezirksrat, auch mit der Staatsverwaltung zu arbeiten hatte und ich weiß, daß schon in jener Zeit

immer Differenzen zwischen Rathhaus und Amtshaus bestanden, und daß man damals schon immer Zwistigkeiten, die zwischen den Verfügungen der einen und der andern Behörde sich ergeben haben, zu schlichten versuchen mußte. Das kann doch nicht die Aufgabe zweier nebeneinander funktionierenden Verwaltungen sein, daß sie sich gegenseitig Schwierigkeiten machen; sie müssen sich bewußt sein, daß sie zusammen zu arbeiten haben, um ein gemeinsames Ziel — das Wohl des Ganzen — wirklich erreichen zu können.

Der Herr Abg. Süßkind hat dann auch einen Angriff gegen den Herrn Oberamtmann Steiner in Weinheim gerichtet, weil dieser in einer Ansprache an die zur Beerdigung Versammelten am 9. September, am Geburtsfest Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs, einige patriotische Töne angeschlagen hat; der Herr Abg. Süßkind hat gemeint, es sei eine Wahlrede gewesen. Wenn es den Vertretern der Regierung verboten werden sollte, an einem solchen Tage auch dem Ausdruck zu verleihen, was wir unserm Fürsten und unserm Vaterland schulden — dann wüßte ich wirklich nicht, wie ich das bezeichnen sollte. Das eine Wahlrede zu nennen, dafür fehlt meinem schwachen Untertanenverstand jedes Verständnis.

Die Veranlassung zur folgenden Bemerkung bietet mir eine Aeußerung des Herrn Berichterstatters Fehrenbach. Er hat bei der Subvention, die den Krankenanstalten zugewiesen werden soll, gesagt, man solle doch im allgemeinen darauf sehen, daß diese Anstalten sich aus sich selbst erhalten und nicht immer auf Staatsmittel angewiesen sind, daß man die Quelle der Privatwohlthätigkeit erschließen sollte, um solche Anstalten lebensfähig zu erhalten. Ich habe die Befürchtung gehabt — vielleicht ist sie unbegründet — daß der Abg. Fehrenbach diese Aeußerung getan hat im Anschlusse an eine Anregung, die ich mir erlaubte in der Budgetkommission zu geben. Dort habe ich darum gebeten, der Lungenheilstätte Stammberg in Schriesheim eine Staatsunterstützung zu gewähren, und ich nehme deshalb auch hier Veranlassung, darüber zu sprechen. Die Anstalt ist gegründet aus freiwilligen Beiträgen Mannheimer Bürger unter Zuschüssen der Stadtverwaltung Mannheim und der Zentralfelle für Errichtung von Lungenheilstätten in Berlin. Bei Erbauung der Anstalt wurde nun der Kostenanschlag überschritten, namentlich auch wegen der im sanitären Interesse uns gemachten Aufwände und Anlage großer Desinfektionsrichtungen. Die Anstalt ist seit 1½ Jahren im Betrieb und ihre Erfolge sind schon sehr segensreich gewesen. Wir haben die Anstalt errichtet für münderbemittelte weibliche Kranke, und zwar für diese Kategorie von Kranken deshalb, weil die Arbeiter und sonstige versicherungspflichtige Personen in den staatlichen Anstalten schon ihre Unterkunft finden können. Es sind 60 Betten eingerichtet. Wir haben einen Verpflegungssatz von nur 4 M. für Zimmer, Beförderung und ärztliche Behandlung, der natürlich nicht ausreicht, um die Betriebsausgaben zu decken. Wir hoffen aber, bei voller Besetzung der Betten, mittels wohlthätiger Zuwendungen und mit Hilfe unseres Vereins zum Betriebe dieser Lungenheilstätten nach und nach auszukommen. Aber was uns besonders drückt, ist die ungedeckte Schuldenlast von 20 000 M.; in dieser Beziehung habe ich in der Budgetkommission an die Regierung das Ersuchen gestellt, uns entgegenzukommen, denn es liege doch im Interesse des ganzen Landes, wenn eine solche Anstalt besteht; so haben wir 43 Personen der Landesversicherungsanstalt in unsere Anstalt aufgenommen. Ich kenne nun die Stellung der Regierung über diese Frage noch nicht, die ich in einer Eingabe weiter begründet habe. Ich möchte aber das Hohe Haus bitten,

falls eine Nachtragsforderung zur Unterstützung dieser Lungenheilstätten kommen wird, Ihre Zustimmung für diese wohlthätige und segensreiche Einrichtung zu geben!

Abg. Fehrenbach (Zentr.): Nachdem ich in meinem einleitenden Vortrage die politischen Differenzen zwischen Zentrum und dem Ministerium des Innern ausgesprochen hatte, glaubte ich als Parteiredner während der Beratung dieses Budgets nicht auftreten zu müssen, sondern ich hatte die Hoffnung, zum Schlusse als Berichterstatter nach einer mehrtägigen Debatte über dieses Budget auf das Wort verzichten zu dürfen. Das ist mir nach der Art, wie sich der Herr Minister des Innern in seiner ersten Rede gegen uns gewandt hat, leider nicht möglich, und das nötigt mich jetzt, als politischer Redner, nicht als Berichterstatter aufzutreten. Ich will vorher noch einige kleine Bemerkungen machen.

Der Herr Kollege Mayer hat soeben davon gesprochen, er hoffe, daß eine Anregung in meinem Bericht nicht auf die von ihm befürwortete Heilstätte in Mannheim gemünzt sei. Aus der ganzen Fügung meiner Rede und aus meinen Ausführungen in der Budgetkommission wird der Herr Abg. Mayer aber doch ganz genau wissen, daß ich an Mannheim nicht gedacht habe. Es bestehen gewisse Anstalten konfessioneller Richtung, von denen eine große Anstalt sich vollständig selbst erhält, während andere Anstalten einer anderen Konfession im Ordinarium und Extraordinarium eine Unterstützung erhalten. Hier habe ich den außerordentlich wohlthätigen Zweck anerkannt. Aber mit Rücksicht auf die reichen Mittel gerade jener Konfession habe ich den Wunsch ausgesprochen, daß es auch ihr bald möglich sein möge, sich auf eigene Füße zu stellen. Das ist gewiß ein Wunsch, den auszusprechen durchaus erlaubt ist. Die Verhältnisse der Mannheimer Lungenheilstätte sind mir nicht bekannt, ich möchte mir deshalb ein Urtheil darüber nicht gestatten. Wenn aber der Herr Kollege Mayer uns vorher gesagt hat, daß es sich nur um die Tilgung einer Schuld von 20 000 M. handle und wenn ich auf der andern Seite den Reichtum und großen Wohlthätigkeitssinn der Bevölkerung der Handelsmetropole Mannheim in Betracht ziehe, so hoffe ich, das Jubiläum des Großherzogs wird wohl der erwünschte Anlaß sein, um diese Bauschuld aus Mannheim allein zu decken.

Der Herr Abg. Süßkind hat etwas besonderes darin gefunden, daß den Konfessionen in Mannheim auf ihre Kosten, wie allen übrigen Interessenten auch, Nachricht von dem Zuzug Auswärtiger durch die Polizeidirektion gegeben wird. Hier handelt es sich einfach um die Zwecke der Kirchensteuer, und zwar sämtlicher Konfessionen. Wenn diese Auskünfte noch weiter benützt werden für konfessionelle Vereine, so wird darin kein Mensch etwas finden können.

Der Herr Kollege Benedey hat sich über die Kampfesart, die ihm gegenüber von seiten unserer Zentrumspreffe nun geführt wird, beklagt, worin er als revolutionär denunziert und lächerlich gemacht werden soll. Ich bin natürlich nicht imstande, jede einzelne Zeitungsnotiz zu kontrollieren, aber das weiß ich doch, wie im großen und ganzen von unserer Preffe und auch von uns die Situation des Herrn Abg. Benedey und seiner Freunde aufgefaßt wird. Es ist doch von uns, besonders in unserer Preffe, immer darauf abgehoben worden, wie es dem Herrn Kollegen Benedey früher von der nationalliberalen Partei gemacht worden ist, welche Beanstandungen er dort erfahren hat, wie er auf Grund seiner Gesinnung als Revolutionär gebrandmarkt wurde, wie man für Konstanz Nachteile von seiner Wahl befürchtet hat, und wenn wir das der nationalliberalen Partei nicht ganz schenken, wenn wir an diese früheren Lebenswürdigkeiten erinnern, so können Sie uns das nicht übel nehmen. Aber darüber können der Herr Kollege

Benedey und seine Freunde ruhig sein: wir glauben nicht an blutigen Revolutionalismus unseres Kollegen Benedey, und seine demokratische Gesinnung basiert auf seiner Erziehung und Ueberzeugung, die wir respektieren werden.

Der Herr Kollege Benedey hat dann auch über unsere Stellung gegenüber dem Wort des Ministers gesprochen, daß er die Sozialdemokratie in diesem Hause nicht missen wolle. Welche Gesinnung wir in dieser Beziehung der Sozialdemokratie gegenüber haben, das ist nun aber doch durch die Geschichte unserer Partei seit Jahrzehnten festgestellt. Darüber hat sich der große Führer des Zentrums, Windthorst, schon genügend ausgesprochen. Wir sind natürlich der Meinung, daß eine weite Volkskreise umspannende politische Ueberzeugung auch im Parlament und in den Vertretungen der Städte vertreten sein soll. Aber etwas anderes ist es dann wieder, wenigstens der Mißdeutung ist es fähig. . . . (Zuruf des Ministers des Innern: Sie mißdeuten! Heiterkeit.) Wenn von anderer Seite nicht mehr mißdeutet würde, als wie von uns, dann wäre das Kapitel der Mißdeutungen kurz beisammen. (Zurufe im Zentrum: Sehr gut!) Wenn ein Minister sagt: er möchte die Sozialdemokratie nicht missen in diesem Hause (Zuruf: Warum denn nicht?), so kann das ein Wunsch sein, der allerdings beim Herrn Minister eigentümlich berührt. Wenn es aber nur den Sinn hat, den ich meinerseits der Sache vorhin gegeben habe, dann haben wir gegen die betreffende Ausführung des Herrn Ministers nichts einzuwenden. Wenn übrigens von Mißdeutungen die Rede ist: Unser Herr Kollege Wittum ist zweifellos einer Mißdeutung gegen den Minister nicht fähig, aber der Herr, der diese Aeußerung dem Herrn Minister im letzten Landtag angekreidet hat, war ich nicht, sondern der Herr Kollege Wittum und neben dem Herrn Kollegen Wittum lassen wir uns in der Art der Kampfesweise immer noch gern sehen, ihn nehmen wir noch ganz gern in diesem Kampf als Kompagnon mit! (Heiterkeit.)

Der Herr Kollege Ged hat den Weinheimer Josefstag besprochen, ich glaube wirklich ohne genügenden Grund. Ich sollte glauben, daß auch der Herr Kollege Ged ein Verständnis dafür haben wird, nach der Gegend schon, aus der er stammt, wenn die Militärbehörde bei der Kontrollversammlung auf die Konfession der Gestellungspflichtigen Rücksicht nimmt, wenn sie auf einen katholischen Feiertag die Katholiken zur Kontrollversammlung nicht einlädt, sondern nur die Protestanten, und die Katholiken dann auf einen andern Tag. Zweckmäßiger wäre es aber offenbar gewesen, wenn man am 19. März die Kontrollversammlung ganz hätte ausfallen lassen (Zuruf: Sehr richtig!).

Der Herr Kollege Ged hat dann auch einen scharfen Ausfall gegen die „Offenburger Zeitung“ gemacht, als hätte sie gegen den Vorwurf, sie sei das verlogenste Blatt, nicht reagiert. Aus einer mir eben übermittelten Karte und aus zwei Blättern dieser Zeitung ersehe ich, daß es sich um den Vorwurf einer falschen Berichtserstattung über eine vom Herrn Ged aus Anlaß der städtischen Wahlen gehaltene Rede handelt, wobei Herr Ged sagt, daß die „Volkszeitung“ lüge, daß sich die Flundern wundern, und dann werden noch eine Anzahl ganz gefälschte, kräftige Ausdrücke gebraucht (Zuruf des Abg. Ged: Bitte!). Darauf hat dann die „Offenburger Zeitung“ gesagt: „Also wüßte, ungewaschene Schimpferei und schwere Beleidigungen! Trotzdem wollen wir in die Fastnacht gehen lassen und dem „Alt Offenburger“ den Schutz der Redefreiheit gewähren, den Leute mit der Schellenkappe haben, auch wenn sie, wie Figura zeigt, mit ihrer Lizenz schänden Mißbrauch treiben, der sie in ernstlichen Tagen aufs Bänkle bringen würde.“

Im muß gestehen, es scheint mir namentlich in Zeiten der Fastnacht und mit Rücksicht auf die anerkannte volkstümliche Stellung, die Herr Kollege Ged gerade über die Fastnachtstage in Offenburg einnimmt (Heiterkeit), eine genügende Zurückweisung des Ged'schen Vorwurfs zu sein und ich kann wirklich nicht einsehen, daß die Offenburger Zeitung den Ged'schen Vorwurf ruhig eingestekt hat. (Zuruf des Abg. Ged: Es war doch keine Faschingsversammlung.) Natürlich! Die Offenburger Zeitung hat gesagt, es habe sich um eine Wahlversammlung gehandelt. Aber deswegen darf sie diese Ausführungen mit Bezug auf die Fastnacht doch machen. Daraus sieht man, wie übertrieben wird. Eine solche Berichterstattung über eine Versammlung kann falsch sein; das kann aber auf einem Mißverständnis beruhen. Und dann wird mit solcher Kraft der Ausdrücke darüber hergefallen, als wenn unsere Presse die aller schlimmste wäre. Wenn wir in dieser Beziehung Ihre Presse, die Presse der anderen politischen Parteien, prüfen würden, dann kämen wir aus der Verlogenheit gar nicht heraus. (Heiterkeit.) Herr Kollege Ged! — Sie werden von uns nicht verlangen, daß wir Sie für eine Autorität auf diesem Gebiete anerkennen; dabei geben wir Ihnen aber zu, daß wir andere Herren in diesem Hohen Hause in der Beziehung ebenso wenig als Autoritäten anerkennen wie Sie.

Der Herr Kollege Ged war dann namentlich sehr gespannt, wie das Zentrum sich über die Wahrung der politischen Rechte in Baden aussprechen wird. Das wäre also einmal — auf die Mannheimer Details gehe ich nicht weiter ein, sie scheinen genügend behandelt zu sein — die Stellungnahme des Zentrums zu den Versammlungsaufhebungen in Konstanz und in Mannheim und dann unsere Stellungnahme zu der bekannten Refrutenfrage. Die Auflösung der Mannheimer Versammlung und die Vorbereitungen des Bezirksamts halten wir nicht für richtig. Das Verhalten der Sozialdemokratie in unserem Lande und speziell auch in Mannheim, auch an dem 21. Januar, hat einen genügenden Anlaß zu derartigen Vorbereitungen nicht geboten. Von einer derartigen Bekämpfung der Sozialdemokratie hat höchstens die Sozialdemokratie selbst einen Vorteil.

Was das Verbot der Konstanzer Versammlung anlangt, so bin ich persönlich auch der Meinung, daß man die ausländischen Redner ganz gut haben lassen können, gerade so wie ich es auch für kein nationales Unglück angesehen hätte, wenn Jaurès in Berlin zu Wort gekommen wäre. Aber, und das möchte ich namentlich dem Herrn Kollegen Benedey gegenüber bemerken, in diesen Sachen ist es mit einem einfachen Doktrinarismus nicht getan. In diesen Fragen spielen denn doch auch andere Gesichtspunkte mit. Wenn man damals in Berlin gewisse berechnete Bedenken, namentlich wegen der damals obschwebenden, internationalen Verhältnisse, gegen die Rede von Jaurès hatte und in Konsequenz der Verhinderung dieser Ausländerrede in Berlin sich dann auch an die badische Regierung wegen der Konstanzer Versammlung gewandt hat, und wenn hier die badische Regierung geglaubt hat, einem solchen Ansuchen von Seiten der Reichsregierung oder der preussischen Regierung entsprechen zu sollen, so würde ich darin doch etwas Schreckliches nicht erblicken. Mir ist ein geordnetes vertrauensvolles Verhältnis zwischen den einzelnen Bundesstaaten denn doch wichtiger, als die Reden einiger auswärtiger Sozialdemokraten in Konstanz. Diese Angelegenheiten wird man also am zweckmäßigsten recht nüchtern betrachten, und da wird es eben verschiedene Gesichtspunkte geben, darunter auch den von mir eben angeführten (Zuruf des Abg. Ged: Wären es I en gewesen!). Herr Kollege

Ges! Dieser Zurs ist sehr unangebracht. Da erinnern Sie uns an ein Unrecht, was gesetzlich festgelegt ist gegen tabellose Männer. In Ihrem Fall handelt es sich um ausländische Redner; beim Jesuitengesetz handelt es sich um deutsche Staatsbürger, die in ihren staatsbürgerlichen Rechten verkürzt werden. Herr Kollege Ges, den Zurs hätten Sie sich wohl ersparen können (Abg. Ges: Es handelt sich um das Versammlungsrecht!).

Herr Kollege Benedey hat auch die Behandlung unserer Postbeschwerden im Reichstag erwähnt. Hier gehe ich allerdings von der Unterstellung aus, daß wir Anlaß zu Beschwerden haben, daß jener Postvertrag nicht korrekt gehandhabt wird; es sind diese Beschwerden auch bei uns allseitig anerkannt worden. Ich bedauere nun allerdings auch, daß der Herr Staatssekretär des Reichspostamtes bei der Beantwortung der bezüglichen Beschwerde unseres Herrn Kollegen Duffner sich einfach auf die Ausführungen unseres badischen Ministers des Auswärtigen berufen konnte. Aber das hat mit der Sache, im übrigen sonst ein erträgliches und freundschaftliches Verhältnis unter den deutschen Bundesstaaten zu wünschen, wohl nichts zu tun.

Sodann hat der Kollege Ges abermals von der Ausübung der sozialdemokratischen Gesinnung oder eines sozialdemokratischen Verhaltens der Rekruten durch die Polizeibehörden und deren Bekanntgabe an die Militärbehörden gesprochen. Ich hatte gehofft, daß diese Sache im letzten Landtag endgültig erledigt worden wäre. Die eingehende Erörterung macht es aber doch zweckmäßig, kurz an Hand der Unruhen den Sachverhalt vom letzten Landtag gegenüber demjenigen dieses Landtags festzustellen. Damals, in der Sitzung vom 29. Februar, hat der Herr Kollege Benedey angefragt, ob auch bei uns wie in Preußen gewisse Erhebungen über die politische Gesinnung der Rekruten von der Verwaltungsbehörde gemacht werden. Darauf hat der Minister des Innern folgendes geantwortet: „Natürlich ist es für die Militärbehörde, wenn die Rekruten eingestellt werden, von Interesse, wichtige Tatsachen über den seitherigen Lebenslauf der Eingestellten zu erfahren, weil sie hier nach unter Umständen ihre Maßnahmen einzurichten hat. Es sind daher die Verwaltungs- und Polizeibehörden angewiesen, der Militärbehörde nicht bloß über die Bestrafungen, welche die Rekruten vorher erfahren haben, sondern auch über andere, auf das Verhalten der Soldaten bezügliche Tatsachen Mitteilung zu machen, sofern solche bekannt, die der Militärbehörde zu besonderer Einwirkung Veranlassung geben können. Dagegen ist es durchaus unrichtig, daß die politische und Parteigesinnung der einzelnen Rekruten durch die Zivilbehörden festgestellt und darüber der Militärbehörde Auskunft erteilt würde.“ Der Herr Minister hat also hier einen Unterschied gemacht zwischen Gesinnung und einem tatsächlichen Verhalten, worauf er auch jetzt wieder in der Debatte in den letzten Tagen hingewiesen hat.

Nun kam in der folgenden Sitzung vom 1. März der Abg. Eichhorn mit dem Erlaß des Zivilvorsitzenden der Ersatzkommission des Aushebungsbereichs Pforzheim. Bei ihm hat der Zivilvorsitzende einer anderen Ersatzkommission folgendermaßen angefragt: Ich ersuche sie ergebenst um gefällige umgehende Erhebung und Mitteilung, ob der militärpflichtige . . . a) eine gewisse Führerrolle innerhalb der Sozialdemokratie einnimmt oder als eifriger und zielbewußter Vertreter ihrer Lehren gilt; b) unter sozialdemokratischem Einfluß oder in gewisser Fühlung mit der sozialdemokratischen Partei steht; c) oder zu den zielbewußtesten führenden Anarchisten oder zu den passiven Anhängern dieser Partei gehört.“ Wenn nun in dieser Debatte ein Unterschied namentlich auch in der Richtung gemacht wird, daß es sich nur um Führer, um hervorragende Agi-

tatoren und zielbewußte Förderer der Sozialdemokratie handle, so lassen sich die unter Lit. b) Aufgeführten mit dem besten Willen nicht darunter subsumieren. „Unter sozialdemokratischem Einfluß oder in gewisser Fühlung mit der sozialdemokratischen Partei stehen“, das ist nicht einmal im Rahmen der Sozialdemokratie drinnen; das ist eine Gesinnung, die zur Sozialdemokratie gewissermaßen nur hinneigt. Der Herr Minister hat dann damals den Unterschied zwischen Gesinnung und Haltung gemacht, ein Unterschied, der von den Herren Kollegen Fröhlich und Muser mißbilligt wurde. Es hat namentlich der Herr Kollege Fröhlich gesagt: der Herr Minister habe der fides publica einen schweren Schlag versetzt, „und wenn ich gestern noch geglaubt habe, mich auf die Erklärung des Herrn Ministers verlassen zu können, so bin ich darin schwer getäuscht“.

Die Sache hat — das ist gar kein Zweifel, und das wird jeder heute noch bestätigen müssen, der den Verhandlungen vom 29. Febr. und 1. März 1904 beigewohnt hat — einen außerordentlich unangenehmen Eindruck hinterlassen, und ich habe mich als Berichterstatter verpflichtet gefühlt, trotz der sorgfältigen Wahrung des Charakters als Berichterstatter auch in meiner Eigenschaft als Berichterstatter darüber ein Wort zu reden. Aber erst, nachdem ich in dieser Richtung mit dem Herrn Parteichef der damals größten Fraktion dieses Hauses Fühlung genommen hatte. Da habe ich ausgeführt: „Was nun die Angelegenheit der Erhebungen über die Parteizugehörigkeit der in das Heer Eintretenden anlangt, so hielt ich es für wünschenswert, hierin eine einhellige Erklärung der Kammer abgeben zu können, und ich habe mich deshalb mit dem Führer der nationalliberalen Partei unter der Hand ins Benehmen gesetzt. Ich glaube, mit der Meinungsäußerung, die ich hier vornehme, der Gesinnung des ganzen Hauses den richtigen Ausdruck zu geben. Ich muß einmal sagen, nachdem ich heute den Erlaß des Bezirksamtes Pforzheim gehört habe, wäre es mir lieber gewesen, wenn der Herr Minister gestern seine Erklärung nicht abgegeben hätte. Ich will in keine herbe Kritik eingehen, aber das will ich sagen, die Regierung hat es sich zuzuschreiben, wenn man in Zukunft ihren Äußerungen mit außerordentlich scharfer Sonde gegenübertritt.“

Der Herr Minister scheint jetzt mehr darauf abheben zu wollen, ob die sozialdemokratischen Rekruten nur gewöhnliche Sozialdemokraten, Mitläufer sind, oder ob sie Führer sind, zielbewußte Förderer und Agitatoren. Eine solche Unterscheidung, kann ich als eine glückliche nicht bezeichnen. Sie ist zweifellos in dem Erlaß des Bezirksamtes Pforzheim nicht enthalten. Sie ist in dieser Unterscheidung auch praktisch nicht durchführbar. Das ist denn doch bei der Sozialdemokratie auch nicht anders wie bei anderen Parteien, 20jährige Leute, die zum Militär kommen, wollen doch nicht schon Führer spielen, sind doch keine zielbewußten Förderer, eifrige Agitatoren in diesem Alter! Das kann in dem einen oder anderen außerordentlichen Ausnahmefalle einmal vorliegen; aber deswegen macht man keine besonderen Erhebungen! Es wäre etwas anders, wenn man zugeben würde, daß diese Erhebungen auch auf die Personen des Beurlaubtenstandes und auf die zur Reserve und zu Landwehrübungen einberufenen Mannschaften ausgedehnt wird. Aber der Herr Minister hat das in der letzten Rede ausdrücklich zurückgewiesen; nach seinen diesbezüglichen Ausführungen handelt es sich nur um die sozialdemokratische Tätigkeit von Rekruten. Und da sage ich: das ist nicht möglich. Und zum zweiten sage ich: es liegt auch nicht im Interesse unseres Heeres — das richte ich weniger gegen den Minister als gegen die militärischen Stellen, von denen aus etwa diese Erhebungen veranlaßt werden. Das Fundament

jeder Disziplin, die nicht als eine unerträgliche Last, sondern als notwendige Unterordnung empfunden und deshalb schließlich auch willig getragen wird, ist die Gerechtigkeit. So ist es in der Schule, und so muß es auch beim Heere sein. Die Kenntnis einer verdächtigen politischen Gesinnung beseitigt die Unbefangenheit des Urteils der Vorgesetzten, benimmt aber jedenfalls dem betreffenden Untergebenen von vornherein das Vertrauen auf eine gerechte Behandlung. Und so wird dann bei diesen Leuten die Dienstzeit, die sonst wahrscheinlich auch gerade für Sozialdemokraten bei einer gerechten und unbefangenen Behandlung später das Objekt einer angenehmen Erinnerung oder eines freudigen Stolzes ist, für die Bergwöhnten und Ueberwachten zu einer Quelle voll Bitterkeit und Hasses. Was soll denn der Nutzen dieser Ueberwachung sein? Soll etwa der Kompagniechef oder der Feldwebel die Ansteckungsgefahr für die übrige Mannschaft beseitigen können, oder soll das Heer dadurch schlagfertiger werden? Das sind wieder solche Auskunftsmitel gegenüber der Sozialdemokratie, die gar keinen Wert haben, und höchstens wieder der Sozialdemokratie förderlich sein werden. Ich möchte also auch meinerseits dringend wünschen, daß diese Ausforschung der Gesinnung oder das Verhalten von Führern oder von einfachen Mitläufern der Sozialdemokratie endlich beseitigt werde und daß unsere Rekruten, auch wenn sie einer sozialdemokratischen Familie entstammen, in das Heer mit dem Bewußtsein eintreten können, daß sie nicht schon von vornherein verdächtig sind, und daß sie auch beim Heere nur nach Maßgabe ihrer Leistungen gerecht und unparteiisch behandelt werden! (Zuruf des Abg. Fröhlich: Sagen Sie das nur im Reichstag!) Leider muß ich zu lange im Badischen Landtag bleiben; ich würde viel lieber in den Reichstag gehen. Aber wir müssen im Badischen Landtag erst etwas Abrechnung halten, unter anderem auch mit dem Minister des Innern, wozu ich jetzt komme. (Geisterheit.)

Diese wiederholte Aussprache über die Erforschung der Gesinnung der sozialdemokratischen Rekruten hat nun zu einem ebenso schweren als unbegreiflichen Angriffe des Herrn Ministers des Innern gegen unsere Partei Veranlassung gegeben. Der Herr Minister hat auf eine Aeußerung des „Pfälzer Boten“ Bezug genommen. Diese hätte dem Herrn Minister keine Veranlassung geben sollen, ohne weitere Begründung nun unsere gesamte kleine Presse anzugreifen. Wenn er glaubt, mit einer speziellen Ausführung des „Pfälzer Boten“ ins Gericht gehen zu müssen, wenn er sich schwer gekränkt fühlt, so werden wir ihm das Recht der Abwehr selbstverständlich nicht nehmen, und wir werden auch von Parteiwegen dagegen nichts einwenden. Aber die ungerechtfertigten Verallgemeinerungen, die der Herr Minister sich hat zu schulden kommen lassen, weisen wir zurück. Und bei seiner Abwehr der Ausführungen des „Pfälzer Boten“ wird er immerhin mit der Tatsache zu rechnen haben, daß — vor zwei Jahren wenigstens — der ganze Landtag der Meinung war, der Herr Minister sei in einer bestimmten Frage mit der Wahrheit in einen beklagenswerten Konflikt gekommen.

Präsident Dr. Wilkens (unterbrechend): Ich muß annehmen, daß Sie diese Aeußerung nur in dem Sinne meinen (Zuruf des Abg. Fehrenbach: Objektiv), daß der Minister objektiv, aber nicht subjektiv mit den Tatsachen in Widerspruch geraten ist. Ich konstatiere, daß Sie den Ausdruck in diesem Sinne richtig stellen.

Abg. Fehrenbach (fortfahrend): Die betreffenden Ausführungen hat der Herr Kollege Binz mit einem Zuruf begleitet. In der „Karlsruher Zeitung“ ist der Zuruf wiedergegeben mit dem Wort „Großartig“. Ich glaube, unseren Ohren vertrauen zu können: Der Zu-

ruf wird nicht so gelautet haben. (Abg. Dr. Binz: Er hat auch so gelautet.) Wenn der Zuruf „Großartig“ auch gefallen ist, so war doch noch ein anderer Ruf dabei, der Ruf „Gemeinheit“ (Abg. Binz: Sehr richtig!). Das haben wir gehört, und Herr Kollege Binz bestätigt mir das. Ich bin der Meinung und gestatte mir das öffentlich auszusprechen: daß der Herr Kollege Binz weder überhaupt noch speziell nach der Debatte über die Wahlanfechtung in Bretten zu derartigen Qualifikationen eine Berechtigung hat (Zurufe: Sehr richtig! Oho; Abg. Binz: Ich kann das von jener Seite ertragen!) „Ich kann das ertragen von jener Seite“, das ist der Ausdruck einer Mißachtung dieser Seite und auch meiner Person (Abg. Binz: Wie Sie wollen!). Ich würde mich nicht so ausdrücken. Ich habe mich auch in dem Falle, obgleich der Herr Kollege Binz Anlaß zu einer schroffen Zurückweisung gab und obgleich das, womit ich es zurückgewiesen habe, von ihm nicht in seiner Triftigkeit wird bestritten werden können, immerhin in Formen getan, die mit einer Mißachtung nichts gemein haben.

Dann hat der Herr Minister des Innern dem ehemaligen Abg. Wacker — er hat den Namen nicht genannt, aber wir wollen ihn aussprechen — vorgeworfen, daß Herr Wacker geradezu darauf reise, in seinen Reden zu behaupten, es sei der Minister des Innern auf einer gröblichen Unwahrheit ertappt worden. Hat der Herr Minister des Innern Anlaß, die gekränkte Unschuld zu spielen und sich außerordentlich verletzt zu zeigen, wenn er, nachdem er sich in unnötigen Anfeindungen des ehemaligen Herrn Kollegen Wacker ergangen hat, von demselben entsprechend zurückgewiesen wird? Da heißt es eben: Auge um Auge, Zahn um Zahn (Zurufe: Hört, hört! Altes Testament! Daraufhin große Geisterheit). Neben dem Neuen Testament gilt auch das alte und ich bin der Meinung, daß gerade in diesem hohen Hause gerade von anderer Seite diese Grundsätze des alten Testaments sehr gern befolgt werden (Sehr richtig! Zuruf des Abg. Müller: Schlechtere Christen!) Herr Kollege Müller, über die Vortrefflichkeit unseres gegenseitigen Christentums streiten wir uns nicht, ich habe die nötige Aeußerung schon früher getan. Ich bescheide mich mit dem letzten Winkel im Himmel und lasse Ihnen ruhig den Vortritt, wenn wir einmal so weit sind (Große Geisterheit).

Nun hat im letzten Landtag, nachdem der Abg. Wacker diesem Hause nicht mehr angehört hat, der Herr Minister des Innern ohne irgend einen ersichtlichen Grund von einem im Lande umherziehenden Agitator gesprochen, zweifellos eine mißachtende Aeußerung. Herr Wacker hat später (wenn ich mich recht erinnere auf einer Karlsruher Versammlung) dem Herrn Minister gesagt: Aufgehoben ist nicht aufgehoben, und diese aufgehobene Abrechnung, zu der der Herr Wacker weiß Gott ein Recht hatte, hat er dann meines Erinnerns in Heidelberg vorgenommen. Ich denke, wenn der Herr Minister angefaßt hat zu schießen, so muß er sich es gefallen lassen, daß auch wieder mindestens ebenso kräftig gegen ihn geschossen wird. Wenn man so wehleidig sein will, muß man auch entsprechend rücksichtsvoll sein (Sehr richtig! beim Zentrum). Uebrigens ist die Aeußerung des Herrn Wacker nicht hier, unter dem Schutz der parlamentarischen Redefreiheit geschehen, sondern in einer öffentlichen Versammlung; wenn also der Herr Minister deshalb so beleidigt war, warum rief er nicht die Hilfe der Gerichte an? Diese hätten ihm, wenn wirklich etwas Strafbares begangen wurde, das Recht, das er erwartet, schon zuteil werden lassen. Aber auch diese unnötige Hereinziehung eines anerkannten ehemaligen Parteiführers in diesem Hause, der in verschiedenen Angelegenheiten, welche das

Ministerium des Innern beiführen — ich erinnere z. B. nur an seinen Bericht über das Irrenwesen — eine außerordentlich erspriechliche Tätigkeit für das Land entfaltet hat, diese unnötige Hereinziehung und Befehdung des Mannes, der auch jetzt noch unser Parteichef ist, weisen wir zurück, bedauern wir (Bravo! beim Zentrum).

Der Herr Minister ist dann bei seinen Ausführungen über diese zwei einzelnen Fälle, über den Fall Wacker und den Fall mit dem „Pfälzer Boten“, übergegangen zu einer allgemeinen Charakterisierung unserer, wie er gesagt hat, kleinen Presse; er hat sich in außerordentlich kräftigen Äußerungen, die sich bis zum „wimmernden Geheul der Entrüstung“ gesteigert haben, darüber ergangen. Ich möchte den Herrn Minister bitten, hernach uns mit der Erklärung zu verschonen, daß damit nur einige kleine Zeitungen gemeint gewesen seien. Der Angriff ging nach der ganzheitl. Art der Darstellungsweise an uns, an die Partei, an die Fraktion; so haben wir ihn empfunden und so mußten wir ihn empfinden. Zu diesem Angriff hatte der Herr Minister weder im allgemeinen, noch bei dem speziellen Anlaß einen ausreichenden Grund. Glaubt er denn, daß wir die Angriffe, die von Seiten der Regierung, von den Organen, für welche wir eine Verantwortlichkeit der Regierung behaupten, ergehen, alle ruhig hinnehmen sollen und nicht auch entsprechend zurückgeben werden? Wir sind der Meinung, daß die Amtsverkündiger im gewissen Sinne abhängig sind von der Großen, Regierung, und daß, wenn es der Großen, Regierung darum zu tun wäre, diese Amtsverkündiger zu meistern, es ihr eine Kleinigkeit wäre, das auch zu vollführen (Sehr wahr! beim Zentrum); wenn sie es aber nicht tut, machen wir für alle die schweren Angriffe gegen die kirchlichen Obern, gegen unsere Partei, gegen einzelne Personen unserer Partei — ich habe in meiner Rede bei der allgemeinen Finanzdebatte schon auf einzelne Fälle hingewiesen — die Regierung mit samt dem Minister des Innern verantwortlich. Unsere Parteiehre und persönliche Ehre ist uns ebenso viel wert als dem Herrn Minister seine Ehre wert ist (Bravo! beim Zentrum), und wenn er sich zu solchen Angriffen gegen uns hinreißt, da soll er sich nicht wundern, wenn auch unsererseits Schläge entsprechend auf ihn niederfallen (Bravo! beim Zentrum). Die Parteitätigkeit der Beamten, die speziell dem Ressort des Ministeriums des Innern unterstehen, war eine derartige, daß sie uns zu entsprechenden Abwehr- und Angriffshandlungen und Äußerungen Anlaß geben mußte. Ich bitte den Herrn Minister, einmal die Verhandlungen im elsässischen Landesausschuß nachzulesen, und sich zu überzeugen, welche Auffassung dort über die politische Tätigkeit der politischen Beamten herrscht; ich bitte ihn, nachzulesen, was bezüglich des Staatsanwaltes von Metz von Seiten des Herrn Unterstaatssekretärs Petri, eines ehemaligen Mitgliedes Ihrer Partei im Reichstag (zu den Nationalliberalen gegenwärtig) über das politische Verhalten der politischen Beamten überhaupt gesagt worden ist, der von seinen politischen Beamten vollständige Zurückhaltung in dieser Beziehung verlangt.

Und dann die Erhebungen, welche von Seiten der Großen, Regierung, speziell dem Ministerium des Innern, über die politische Wahlstätigkeit der katholischen Geistlichen veranstaltet worden sind! Dagegen muß man sich mit aller Kraft und Energie wehren! (Zuruf eines Zentrumsabgeordneten: Ganz gewiß! Heiterkeit). Wenn man ein Bedürfnis darnach hatte, die beinahe verschollenen §§ 16b und c des 1874er Gesetzes jetzt auszugraben, in Gottes Namen, dann konnte man es tun; aber dafür ist der Staatsanwalt, und dafür sind die Gerichte da, und Material wird den Herren durch die Presse und durch die Wahlprotokolle geliefert. Jrgend welche weiteren Er-

hebungen sonst seitens des Ministeriums des Innern waren aber, weiß Gott, nicht notwendig. Aber da werden seitens des Ministeriums des Innern Untersuchungen angestellt, die nach den verschiedensten Richtungen hin die schwersten Bedenken, und von unserer Seite die lebhaftesten Zurückweisungen hervorrufen müssen: Da werden Untersuchungen angestellt über Tätigkeiten, die an sich gar nicht strafbar sind, die in den Kreis der Ausübung der politischen Bürgerrechte fallen, und wobei es sich nur darum handeln kann, ob diese politisch-bürgerlichen Rechte etwa mit größerem oder geringerem Maß und Taft ausgeübt worden sind. Da werden Untersuchungen angestellt durch Polizeibeamte, niedere Polizeiorgane (Zuruf aus dem Zentrum: Gendarmerie) oder sagen wir Vertrauensmänner, von denen allen ich jedenfalls der Meinung bin, daß sie entweder zu den Anzeigenden gehören, oder daß sie ausgesprochene Parteizugehörige einer anderen Partei sind, und von denen ich keinesfalls ein objektives Urteil in diesen Sachen erwarten kann. Da werden Erhebungen angestellt, nicht im allgemeinen, um gewisse Schäden, die mit der Wahlagitation verbunden sind, aufzudecken, sondern nur Erhebungen gegen einen bestimmten Stand, eine bestimmte Konfession, womit geradezu ein Ausnahmezustand in bezug auf die Ausübung der bürgerlich-politischen Rechte gegenüber diesem Stand deklariert wird (Zuruf im Zentrum: Bravo!). Es werden Erhebungen veranstaltet, ohne daß die Betroffenen überhaupt die Möglichkeit haben, sich ihrer Haut zu wehren, ohne daß man ihnen die Vertrauensmänner benennt, denen sie etwa im kontradiktorischen Verfahren gegenüber treten könnten, ohne daß sie ihrerseits die Möglichkeit haben, sich selbst zu äußern, Zeugen für ihre unanfechtbare Haltung zu benennen usw. So wird es dann geschehen, daß vielfach irrigerweise, fälschlicherweise, eine Tätigkeit festgestellt wird, deren sich die betreffenden Herren gar nicht schuldig gemacht haben, es geschehen Feststellungen, die den Leuten vielleicht zum größten Schaden für die ganze Zukunft gereichen (Zurufe im Zentrum: Sehr wahr, sehr richtig!). Das ist etwas geradezu Un-

erhörtes. Komme man uns doch nicht damit, daß man „im Interesse der geistlichen Autorität“, „wegen der Wahrung der Würde des geistlichen Standes“ diese Erhebungen veranstaltet habe. Wir haben — ich bedaure, das sagen zu müssen! — für Ihre Gesinnungen (zur Regierung gewendet) und für die Gerechtigkeit Ihrer Maßnahmen in bezug auf die Wahrung der Würde des geistlichen Standes ein genügendes Vertrauen nicht! Ueberlassen Sie das den kompetenten Behörden, die schon das Geeignete zu tun wissen werden.

Aber Sie (zur Sozialdemokratie sich wendend) möchte ich fragen: Wenn Sie auch ein lebhaftes Mißbehagen über die politische Tätigkeit, über die Wahlstätigkeit der Geistlichkeit empfinden, wie stellen Sie sich zu den von mir dargestellten Erhebungen? Ich denke, die Ausnahmebestimmung, die hier konstruiert, die tatsächlich geübt wird, ist eine derartige, wie sie in so schroffer und so beleidigender Form Ihrer Partei gegenüber kaum geübt wird (Zuruf beim Zentrum: lebhaft Zustimmung). Ich erhoffe von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie darüber auch die geeigneten Worte finden werden.

Diese Aussprache, die ich jetzt vorgenommen habe, hätte ja kommen müssen. Aber mußte sie jetzt kommen? War es nötig, sie jetzt, für diejenige Teil der Budgetberatung zu provozieren? Ich habe am 8. März am Schlusse meiner Berichtstatterrede ausdrücklich gesagt: „Wir haben von unserer Partei nicht die Absicht, unsere politische Stellung zum Ministerium des Innern bei Beratung dieser Budgettitel zur Sprache zu bringen, einmal, weil die politischen Differenzen bei der Generaldebatte zum

Teil schon besprochen worden sind, und zum ändern, weil bei zwei besonderen Anlässen, nämlich bei unserem Antrag bezüglich des Amtsverfündigerwesens und bei dem nationalliberalen Antrag wegen der Wahlfähigkeit der Geistlichen, es eingehend Gelegenheit geben wird, sich mit dem Großh. Ministerium des Innern in diesen Spezialfragen auseinanderzusetzen.

Inwiefern diese Aeußerung, diese ganz bestimmte, klare, deutliche Ausführung, den Herrn Minister zu den im Eingang erwähnten Worten hat verleiten können: „Wir hätten hier erklärt, für uns sei keine Veranlassung gewesen, die politische Tätigkeit des Ministers des Innern zu beanstanden“, das ist mir geradezu unerfindlich. Eine getreue Wiedergabe meiner Worte scheint mir das nicht zu sein (Zurufe im Zentrum: Sehr richtig!). Also: ich habe damals nicht gesagt: daß wir unsere Stellung zu der politischen Tätigkeit des Ministeriums nicht zur Sprache bringen wollen. Ich wollte auch den Herrn Minister nicht „zappeln“ lassen, obgleich es ja bei dem unchristlichen Sinne, der heute schon einmal bei mir konstatiert worden ist (Zuruf des Abg. Fröhau; Geiterkeit), mir natürlich nicht ganz unangenehm wäre, wenn diese bevorstehenden Erörterungen bei dem Herrn Minister ein gewisses zappelndes Gefühl hervorriefen (Geiterkeit). Ich habe es getan aus sehr naheliegenden und sehr klaren Gründen: einmal (das habe ich schon wiederholt ausgesprochen, und das werden mir die Herren auch glauben), weil ich kein Freund von übermäßiger Verlängerung unseres Landtags bin — ich sehe, wenn das so fortgeht, daß wir nicht einmal am 15. Juli nach Hause kommen — und dann, weil ich der Ueberzeugung war, daß unsere Stellung, abgesehen von dem, was bei der allgemeinen Finanzdebatte schon gesagt worden ist, eben bei den zwei von mir speziell erwähnten Anlässen eingehend dargestellt werden müsse. Und dann habe ich es noch aus einem andern Grunde getan: In dem Budget meines Berichtes sind eine große Menge außerordentlich wichtiger, staatlicher Ausgaben zu besprechen, es ist deshalb nicht angängig, die Verhandlungen über das Budget des Ministeriums des Innern im wesentlichen in einen politischen Zank aufzulösen; es wäre vielmehr sehr wünschenswert, daß gewisse große Gesichtspunkte aus dem Gebiet des Ministeriums des Innern in ruhiger, sachlicher, objektiver Aussprache der Parteien behandelt werden könnten — und gerade das wollte ich dadurch ermöglichen, daß ich vom Standpunkt meiner Partei aus sagte: wir wollen das jetzt ausschalten, später kommen wir darauf zurück.

Und nun sage ich: wenn ein Mann in diesem hohen Hause und im Lande Baden dafür ein Verständnis und eine Anerkennung haben sollte, so wäre das nach meiner Auffassung der Herr Minister des Innern (Zurufe im Zentrum: Sehr richtig!; Sehr gut!). Aber er kann eben den Austrag dieser politischen Händel bis auf einen späteren Zeitpunkt nicht abwarten: er hat schon jetzt den Zankapfel in die Debatte hereinwerfen müssen! Wenn sein beredter Mund unsere öffentlichen Angelegenheiten in Behandlung nimmt, dann herauscht er sich förmlich an dem Wohlklang schöner Worte. Da setzt er freundliche Lächler auf, dort fährt er mit Donnerkeulen dazwischen — ohne Wahl, ob es förderlich oder schädlich! So haben es in alten Zeiten die Rhetoren auch gemacht — aber den Ruhm der Staatsmänner hat die Geschichte für sie nicht ausgezeichnet (Lebhafte Zustimmung; Bravo! beim Zentrum).

Vor wenigen Tagen haben wir die große Finanzdebatte speziell auf dem Finanzgebiete geführt. Wenn die Großh. Regierung auf diesem umstrittenen Gebiete geschlossener Meinung ist, und wenn sie dann ihrerseits nach der Aussprache der Parteien auch im Ministerium des Innern zu

der Ueberzeugung kommen muß, daß sie allen Anlaß hat, mit der finanzpolitischen Auffassung des Zentrums zu rechnen, dann verstehe ich nicht, wie man wenige Tage nachher mit solchen Angriffen gegen das Zentrum kommen konnte; ich nehme an, daß man im Finanzministerium über die betreffenden Aeußerungen des Herrn Ministers des Innern nicht entzückt war (Unruhe; Lachen). Das ist ja richtig, Geist wird niemand dem Herrn Minister Schenkel absprechen, aber es ist nicht der Geist, der sammelt und aufbaut, es ist nicht der Geist, der lebendig macht, sondern es ist der Esprit der französischen Enzyklopädisten, der vergiftet und tötet. (Lebhafte Beifall und Widerspruch; Chorufe; Zwischenruf des Abg. Dr. Binz.) Herr Kollege Binz, glauben Sie, daß wir so einseitig sind, nicht auch unserer Stärke bewußt zu sein? Wollen Sie uns zumuten, zu vergessen, daß wir die stärkste und geschlossenste Partei des Hauses sind? Wollen Sie uns zumuten, daß wir einfach regieren lassen gegen uns, ohne Rücksichtnahme auf unsere Stellung im politischen Leben? Wollen Sie der Regierung zumuten, die doch aus Staatsmännern zusammengesetzt sein soll, die immer nur mit dem Erreichbaren rechnen kann, diejenigen zu brüskieren und zu reizen, die wesentlich mit an der Leitung des Staates beteiligt sind? (Bravo! im Zentrum). Das werden Sie nicht glauben. (Zwischenruf des Abg. Dr. Binz: Verweigern Sie doch Alles!) Herr Kollege Binz, ich weiß nicht, wie lange die Partei, deren Führung Sie sich erlauben, eine so objektive Haltung in allen diesen Fragen eingenommen hätte und in Zukunft auch noch einnehmen würde, wenn ihr eine Behandlung zuteil würde, wie sie der Zentrumsparthei zuteil wird (Sehr gut! im Zentrum). Wenn wir uns wehren und die Verächtlichkeit verlangen, die wir nach unserer Stärke beanspruchen können, so wahren wir nicht bloß unsere Ehre, sondern auch die Interessen des Landes. Es wäre jetzt allerdings an der Großh. Regierung, zu sammeln und das, was an Bitterkeit und Zerwürfissen infolge eines allzu heftigen Wahlkampfes übrig geblieben ist, zu beseitigen, und nicht auch Ihrerseits zu weiteren Kämpfen Anlaß zu geben (Bravo! im Zentrum). Was wir verlangen, das ist die Berücksichtigung — nicht eine ungerechtfertigte Bevorzugung — nach Maßgabe unserer Stärke, nach Maßgabe des guten Willens, den wir für die öffentlichen Angelegenheiten an den Tag gelegt haben, nach Maßgabe des Interesses, das das badische Volk an unserer regen und fleißigen Mitarbeit an den öffentlichen Geschäften hat, und wenn es eben einem Minister unmöglich werden sollte, sich zu dieser Berücksichtigung aufzuschwingen, dann möchte allerdings der Zeitpunkt kommen, wo wir uns fragen, ob es in einem konstitutionellen Staate nicht ein Mittel gegen einen derartigen Minister gibt (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen im Zentrum).

Minister Dr. Schenkel: Ich stimme vollständig mit dem Herrn Abg. Fehrenbach darin überein, daß es wünschenswert gewesen wäre, wenn die Frage der Rekruten und was sich daran schließt, nämlich die Anschuldbigung, daß ich vor zwei Jahren hier in dem Landtag bewußt die Unwahrheit gesagt hätte, nicht zum Gegenstand einer weiteren Verhandlung gemacht worden wäre.

Durch das Hereinziehen dieser Frage sind die Verhandlungen über das Budget des Ministeriums des Innern viel stürmischer geworden, als es wohl alle Herren in diesem hohen Hause und auch namentlich ich selbst gewünscht haben. Aber wenn der Herr Abg. Fehrenbach mit beredtem Munde mir entgegenhält, ich selbst hätte ohne jeden Anlaß diese Streitfrage in die Debatte hineingetragen, so glaube ich, tut er mir denn doch nicht in vollem Maße recht. Ich war nämlich geradezu dringlich

veranlaßt, die Sache zur Sprache zu bringen und zwar deshalb, weil einer der Herren — es war ja freilich keiner aus Ihrer Mitte (zum Zentrum) — den schon vor zwei Jahren gegen mich erhobenen Vorwurf wiederholt hat, ich hätte damals in bewußter Weise auf die Anfrage wegen der angeblichen Erhebung über die Gesinnung der Rekruten eine unwahre Antwort gegeben.

Ich glaube nicht, daß ein Minister, dem man mit Recht vorwerfen kann, er habe in wichtigen amtlichen Sachen bewußter Weise die Unwahrheit gesagt, länger sein Amt versehen kann. Wenn dieser Vorwurf gegen mich wirklich mit aller Richtigkeit gemacht werden könnte, dann würde ich am nächsten Tage mein Amt als Minister niederlegen, und auch die Lobspüche, die mir der Herr Abg. Fehrenbach in freilich sehr bedingter Weise heute zuerkant hat, könnten mich nicht veranlassen, auch nur einen Tag länger im Amte zu bleiben. Ich nehme diese Lobspüche überhaupt nicht an; ich mache gar keinen Anspruch darauf, Geist zu besitzen, namentlich nicht denjenigen Geist, der vom Herrn Vorredner erwähnt worden ist, den Geist der Encyclopädisten und den Geist der Negation. Wenn mein Geist, wenn mein Wille auf etwas zielbewußt gerichtet ist, so geht er dahin, zusammen mit Ihnen dem Vaterlande förderlich zu sein in der Weiterentwicklung seiner sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Wohlfahrt.

Nachdem seit jenem Tage, wo vor etwa zwei Jahren der Herr Abg. Fehrenbach mit einer Art von sittlicher Ueberlegenheit als Berichterstatter am Schluß der Budgetdebatte, als ich nicht mehr antworten konnte, sein Bedauern über die mir angeblich bei jenem Anlaß ent schlupfte Unwahrheit kundgegeben hatte und, in diesem Hause wenigstens, seither niemand auf jene Angelegenheit zurückgekommen war, hat der Herr Abg. Gsch am vorigen Donnerstag die Sache von den Rekruten und der von mir angeblich unwahr erteilten Auskunft wieder zur Sprache gebracht. Ich muß hier anerkennen, daß seit jenem Tage bis zum vorigen Donnerstage die Herren von diesem Hause, obgleich es damals sofort einen großen Sturm in den Zeitungen abgesetzt hatte, so loyal waren, auf diese Sache nicht mehr zurückzukommen und den Vorwurf als ob ich die Unwahrheit gesagt hätte, in der Kammer selbst nicht mehr zu wiederholen. Ich hatte mich damit beruhigt und nahm an, daß man sich inzwischen eine andere Meinung gebildet habe und das Vertrauen dieses Hauses in meine Wahrheitsliebe nicht erschüttert sei. In den Zeitungen hat ja die Sache während dieser Jahre nicht gerührt, und das kann ich denn doch wohl sagen: einigermaßen verantwortlich sind Sie (zum Zentrum) denn doch dafür, wenn Ihr offizielles Organ — es handelt sich hier nicht um Ihre kleine Presse — und Ihr eigentlicher Parteiführer, der ja nicht hier ist, der aber doch immer noch die Verantwortung für die Behandlung solcher Angelegenheiten übernimmt und übernehmen muß, immer wieder von neuem auf diese Sache zurückkommen. Ich kann hier nur erinnern an einen Artikel, den der „Bad. Beobachter“ mit Rücksicht auf den bayerischen Kriegsminister schon vor längerer Zeit gebracht hat. Die auf mich bezüglichen Äußerungen lauten wörtlich: „Der bayerische Kriegsminister von Aich hat nunmehr ein Entlassungsgesuch eingereicht. Er hat bekanntlich die Tatsache eines bedenklichen Erlasses in Abrede gestellt und wurde dann überführt. Das ist eine sehr schlimme Situation für einen Minister. Es soll natürlich nicht vorkommen, daß er mit unwahren Behauptungen operiert und Tatsachen ableugnet. Kommt es gleichwohl vor, so ist es sehr schlimm; noch schlimmer, wenn er der Unwahrheit überführt wird. Bekanntlich hat auch unser Minister des Innern während des eben geschlossenen Landtages in Sachen eines Erlasses eine sehr peinliche Situation geschaffen. Man muß sich wundern, daß nicht weitere Folgen sich daran knüpfen.“

Weiter hat der frühere Abg. Wacker als Parteichef über mich in einer Rede, die er vor gar nicht langer Zeit in Heidelberg gehalten hat, und die in den meisten Zentrumsblättern bis ins kleinste wörtlich abgedruckt worden ist, folgendes gesagt: „Wir vom Zentrum haben den verdienten Staatsmann v. Brauer nur ungern aus seinem Amte scheiden gesehen. Er war im vollen Sinne des Wortes ein Staatsmann, was man nicht von allen Ministern sagen kann, die seit 1860 bei uns gemaht haben. Und dabei trat namentlich ein Vorzug wohlthuend hervor: auf sein Wort war Verlaß, ob es nur mündlich gesprochen oder auch schriftlich gegeben wurde. Er hat nicht zu den Ministern gehört, die auf bewußt unwahren Behauptungen erlappt werden konnten. Und hatte er Stellung zu etwas genommen, so wußte man, wie man mit ihm daran war. Das sollte eigentlich ganz selbstverständlich sein. Eine andere Praxis sollte man bei einem Minister gar nicht dulden. Würde einer bei einer bewußt unwahren Behauptung betroffen, so sollte die gesamte Kammer wie ein Mann gegen ihn sich erheben und die gesamte Presse ohne Unterschied des Parteistandpunktes das strengste Verdict über ihn fällen. Aus allen politischen Lagern heraus sollte der Ruf sich geltend machen: „Wir wollen keinen Minister, dem nicht unter allen Umständen zu glauben ist.“

Das hat Ihr Parteiführer gesagt. Wollen Sie etwa beabreden, daß er das direkt gegen mich gesagt hat? Und darauf kommt bis auf den heutigen Tag in einer Zentrumszeitung wiederum eine Auslassung vor, wie die neuliche im „Pfälzer Bote“, daß der Minister Schenkel ein Mann sei, zu dessen Wahrheitsliebe keine Fraktion Vertrauen habe. Das sind nicht Angriffe gegen einzelne Handlungen, nicht gegen die politische Richtung des Ministers. Das weiß ich ja natürlich, der Minister muß sich die verschiedenartigsten, die heftigsten und gehässigsten Angriffe in politischer Beziehung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit und der Rechtmäßigkeit seiner Diensthandlungen gefallen lassen. Aber solche Herabwürdigungen seines moralischen Charakters darf er sich nicht gefallen lassen, wenn er Minister bleiben will. Es darf niemand gegen ihn auftreten, weder hier in der Kammer, noch draußen und behaupten, wir haben zum Minister des Innern einen Mann, dem die Wahrheitsliebe fehlt, der bewußt die Unwahrheit sagt. Diese Behauptung ist es, die mich aufgebracht hat, und ich habe gern die Gelegenheit ergriffen bei dem ersten Wort, wodurch diese Sache wiederum und zwar gegen meinen Willen vor die Kammer gebracht wurde, um endlich die Unbegründetheit dieser von einem Parteiführer gegen meinen Charakter vorgebrachten schweren Anschuldigung einmal hier zum Austrag zu bringen. Wenn es draußen in der Presse mit solchen Anschuldigungen stürmisch hergeht, so bin ich der Ueberzeugung, daß der Beschuldigte gar nichts dagegen tun kann. Eine strafgerichtliche Klage gegenüber solchen Äußerungen habe ich nicht erhoben, und ich werde sie auch in Zukunft nicht erheben, denn es geht mir gegen meine Empfindung. Gegenüber dem, was die Presse schmähend und beleidigend gegen mich schreibt, habe ich die Gemütsstimmung, die man in der gestillten Atmosphäre dieses Hauses als „Nichtbeachtung“ bezeichnet. Wenn dagegen in diesem Hause selbst solche Anschuldigungen von neuem erhoben wurden, dann läge aller Anlaß vor, gegen diejenigen, die die Sache immer wieder aufzählen, hier aufzutreten. Nun sagt freilich der Herr Abg. Fehrenbach: unser Parteiführer war außerordentlich gereizt durch den Minister Schenkel, und zwar, ohne daß irgend ein Anlaß zu einer solchen Reizung gegeben war. Dem gegenüber muß ich doch hervorheben, daß ich noch niemals gegenüber dem Herrn Abg. Wacker etwas gesagt habe, was, wie die gegen mich erhobenen Anschuldigungen, als eine



Beleidigung zu betrachten ist, weder in diesem Hause, noch draußen, noch in irgend einem Artikel, der etwa durch mich in der Presse veranlaßt worden ist. (Abg. Dieterle: „Herumziehender Agitator!“) Nun kommt der „herumziehende Agitator“. Die Sache liegt aber bei dieser Äußerung etwas anders. Damals hat der Herr Abg. Fehrenbach unter den hervorzuhebenden Verwaltungsmißständen erwähnt, daß man im Amtsbezirk Buchen gehört habe, es sei von dem Amtsvorstand einem Bürgermeister zugesagt worden, daß ein Staatszuschuß oder etwas Derartiges an die Gemeinde kommen werde, wenn die Gemeinde einen liberalen Wahlmann wähle, der Herr Abg. Fehrenbach hat damals nur gesagt, er habe das gehört und er wünsche darüber Aufklärung. Nun war ich doch jene Zeit gewiß veranlaßt, daraufhin dem hohen Hause darzustellen, wie die Sache sich tatsächlich verhalten hat; es hatte nämlich damals der Herr Geistliche Rat Wacker in einer Wahlversammlung im Amtsbezirk Buchen gesagt: „ich höre, daß der Amtsvorstand so etwas getan hat, ich hoffe aber, daß er es nicht getan hat und dgl. mehr“. Ich habe damals auf die Anfrage des Herrn Abg. Fehrenbach hin den Namen des Herrn Geistl. Rat Wacker gar nicht erwähnt, sondern ich habe nur gesagt, „ein Partei-Agitator habe damals das und das gesagt.“ Von einem „umherziehenden Agitator“ habe ich damals nicht gesprochen, sondern erst als einige Tage darauf der Name des Herrn Wacker, und zwar nicht von mir im Zusammenhang mit einer Sache genannt worden ist, habe ich etwas, was aber auch nicht ganz so lautete, jedoch später so umgeprägt worden ist, von den Agitatoren, die im Lande herumreisen, gesagt. Eigentlich kann ich auch nicht so viel darin finden, wenn jemand als Parteiagitator durch das Land herumzieht, und ich kann den Ausdruck überhaupt nicht als eine Beleidigung betrachten; ganz abgesehen davon, daß ich niemals in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Namen des Herrn Geistl. Rat Wacker selbst den Ausdruck Parteiagitator gebraucht habe. Diese Bezeichnung scheint aber dem Herrn Geistl. Rat Wacker mehr als billig nahe zu gehen; denn in einer Rede, die vorhin der Herr Abg. Fehrenbach angezogen hat, die er aber nicht vorgelesen hat, sagt er, Herr Wacker, ein christlicher Priester, darüber folgendes: „Es war — das darf ich sagen, obwohl ich vor allem persönlich daran beteiligt bin — eine starke Leistung, „der umherziehende Agitator“ aus dem Ministermunde in öffentlicher Kammerführung ausgesprochen (Sehr richtig!). Dieser „umherziehende Agitator“, der ist dem Minister nicht vergessen; bis jetzt ist er ihm geschenkt; aber es wird niemals veraltet und niemals verpätet sein, wenn man ihn aus diesem oder aus jenem Anlaß etwa aufgreifen wollte (Lebhafte Beifall). Soviel, meine Herren, über die Regierung.“

Hier wird geradezu zur Heße aufgefordert von dem Herrn Geistl. Rat Wacker gegen den Minister des Innern, und ich kann nur sagen — ich habe schon diese Jagdheße neulich erwähnt — sie wird teilweise nicht ganz jagdgemäß und unter Anwendung von Mitteln vorgenommen, die man wirklich bei den Herren nicht vermuten sollte. Ich erinnere nur daran, daß im offiziellen Organ des Zentrums, im „Badischen Beobachter“ seit dieser Zeit und zwar mehrfach, gegen mich verheerende Artikel erschienen, die ebenfalls nicht so sehr meine Diensthandlungen, sondern die meinen sittlichen Charakter herunterziehen. Unter der Ueberschrift „Mißstimmigkeit im Staatsministerium“ werden mir, man darf wohl sagen, mit einer raffinierten Phantasie, die sich solche Dinge einbildet, eine Anzahl von Handlungen vorgeworfen, die mich geradezu als einen kleinlich ehrgeizigen und intriganten Menschen darstellen. Ich weiß nicht, wer die Artikel geschrieben hat; sie sind mit einem oder mit zwei

Sternen versehen und daraus kann man ja wohl ihren „himmlischen Ursprung“ entnehmen (Große Heiterkeit). Die Sterne kommen aber von einem nächtlichen Himmel (Heiterkeit). Das sind Angriffe auf den sittlichen Charakter des Ministers. Und sie stehen keineswegs, wie der Herr Abg. Fehrenbach meint, im Verhältnis zu meiner Äußerung bezüglich des „Parteiagitators“. Selbst wenn ich gesagt hätte, der Herr Geistl. Rat Wacker sei ein Parteiagitator, so kann doch der Herr Abgeordnete Fehrenbach nicht mit Recht behaupten, daß der Herr Geistliche Rat Wacker nunmehr das gleiche Maß bei seiner Erwiderung einhält, indem er sagt: der Minister Schenkel ist ein Mann, der die Wahrheit nicht liebt, er ist ein Mann, der in kleinem Ergeiz gegen seine Kollegen intrigiert. Das sind ganz andere Dinge, als der Parteiagitator; solche die Ehre angreifende Äußerungen sind bei der Erwiderung nicht mehr gleichwertig! Wenn der Herr Geistliche Rat Wacker meine politische Tätigkeit mißbilligt, wenn er, wie er das ja häufig getan hat, meine Diensthandlungen und meine politische Richtung öffentlich angeißt, da hätte ich gar kein Wort darüber verloren. Aber wenn in dieser Weise meine moralische Qualität und meine Wahrheitsliebe vor dem ganzen Lande durch einen hervorragenden Mann, der Ihr Parteiführer ist, an den Pranger gestellt werden soll, dann halte ich es für notwendig, daß endlich einmal eine Aussprache darüber in diesem Hause stattfindet.

Nun komme ich zum Schlusse dazu, wie es sich mit dem Vorwurf mangelnder Wahrheitsliebe bei dem einzigen dafür überhaupt in Betracht kommenden Anlaß sich tatsächlich verhält. Es ist mir in keinem andern Punkt irgend einmal vorgeworfen, geschweige denn nachgewiesen worden, daß ich absichtlich jemals in diesem Hause die Unwahrheit gesagt habe. Ich tue das nicht, weil es überhaupt meinem Charakter garnicht entspricht; ich tue es aber auch nicht, weil ich denn doch dazu etwas zu „klug“ bin, welche Äußerung mir neulich unrichtigerweise nachgesagt worden ist, denn mit den Unwahrheiten reicht man ja an solcher Stelle garnicht aus, namentlich hier vor einer Anzahl von Herren, die einem so genau auf die Finger sehen und die ja beständig aus den verschiedensten Quellen schöpfen können. Die einzige Sache, worin mir eine Unrichtigkeit, nicht eine bewußte Unwahrheit, vorgeworfen werden kann, das ist diese Sache mit den Rekruten. Ueber den wirklichen Sachverhalt bei dieser Äußerung habe ich mich bereits am vorigen Donnerstag hinlänglich ausgesprochen. Als ich über die Ermittlung hinsichtlich der Rekruten vor zwei Jahren von dem Herrn Abg. Venedey befragt worden bin, habe ich bei sofortiger Erteilung der Antwort den Erlaß in seinem genauen Wortlaut nicht im Kopfe gehabt, es war mir nur im allgemeinen bekannt, daß, und zwar schon seit etwa zwanzig Jahren und nicht bloß in Baden, sondern im ganzen Reich Ermittlungen über die Rekruten in bezug auf ihr äußeres Verhalten gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung gemacht werden. Nach welchen Richtungen sie im einzelnen gemacht werden und was namentlich die Bezirksämter zum Vollzug dieses Erlasses tun, habe ich, als ich jene sofortige Antwort gab, natürlich im einzelnen nicht gewußt; das werden mir, glaube ich, alle Herren aufs Wort glauben. Und daß ein Bezirksamt, dessen Anfrage hernach in die Hände des Herrn Abg. Kramer fiel, bei diesen Ermittlungen sehr unzuverlässig und gar nicht dem Sinne des Erlasses des Ministeriums des Innern entsprechend verfahren ist, das habe ich ja sofort zugegeben; und sobald ich gesehen habe, daß dieser Erlaß zum Teil beim Vollzug mißverstanden und mißgedeutet worden ist, habe ich durch einen Ergänzungserlaß dafür gesorgt, daß die Bezirksämter eine genauere Instruktion erhalten haben.

Man kann meiner Ansicht nach in bezug auf die Stellung der Einzelnen zur Sozialdemokratie ganz wohl unterscheiden zwischen Gesinnung und äußerem Verhalten. Das sehen Sie ja bei den Beamten des Staates; ob diese sozialdemokratisch gesinnt sind und ob sie sozialdemokratisch wählen, darnach ist nicht zu schnüffeln, wie ich das neulich schon hervorgehoben habe; aber wenn sie ein äußeres Verhalten an den Tag legen, wodurch sie sich als Agitatoren, Führer oder als zielbewusste Förderer der auf den Umsturz des Staates gerichteten sozialdemokratischen Bewegung darstellen, dann werden wir einschreiten. Der Unterschied zwischen Gesinnung und äußerem Verhalten ist sehr wohl ein Unterschied, den ein vernünftiger Mensch auch praktisch durchführen kann, und diesen Unterschied habe ich ganz mit Recht hervorgehoben, als ich vor zwei Jahren die erste Auskunft über jene Erhebungen gegeben habe. Ich habe damals gesagt: nach der politischen Gesinnung aller einzelnen Rekruten wird nicht geforscht, aber nach ihrem äußeren Verhalten, soweit es für die Militärbehörde von Bedeutung ist. Natürlich habe ich damals nicht auch fundgegeben, daß Ermittlungen über das „Verhalten“ sich auch auf die Tätigkeit der jungen Leute in bezug auf die Sozialdemokratie erstreckt. Das durfte ich schon deshalb garnicht sagen, weil ja damals der Erlaß noch ein vertraulicher war. Nun wird freilich von dem Herrn Abg. Fehrenbach gesagt, daß man solche Unterschiede bei der praktischen Handhabung garnicht durchführen könne. Dem widerspreche ich; wie ich eben gezeigt habe und wie die Erfahrung gelehrt hat, kann man sie ganz wohl durchführen. Herr Fehrenbach hat dann weiter gesagt, daß die Rekruten junge Leute seien, bei denen es im ganzen garnicht in Betracht kommen könne, daß man ihr Verhalten daraufhin untersucht, ob sie bereits als sozialdemokratische Führer, Agitatoren oder sonstige zielbewusste Förderer der sozialdemokratischen Bewegung aufgetreten sind. Auch dies bestreite ich. Die Sozialdemokratie ist ja selbst eine junge Partei; sie arbeitet mit allgemeinen, weit in die Zukunft hinaus-schauenden Ideen, die geradezu die Jugend (das habe ich selber, als ich noch studiert habe, bei manchen jungen Leuten gesehen), manchmal zu herausuchen in der Lage sind, denn die Jugend besitzt die umfassende Erfahrung im Leben noch nicht, die einen von derartigen Ideen all-mählich zurückbringen; und darum ist auch die Sozialdemokratie, wie ich das neulich wieder in einer Zeitungs-veröffentlichung gesehen habe, darauf aus, schon recht frühe die Jugend zu erfassen, und womöglich schon in dem Augenblick, wo sie die Volksschule verläßt, sozialdemokratische Jugendvereine zu bilden. Das ist ja das Eigentümliche der Sozialdemokratie und nicht bloß bei den Abgg., sondern auch bei den Führern und Agitatoren der Sozialdemokratie werden sie es vielfach finden, daß es Jünglinge sind gegenüber uns Greisen, gegenüber den Alten hier im Hause rings um und namentlich drüben (zum Zentrum). Also es ist gar nicht so ohne Bedeutung, daß auch die Jugend schon in Bezug auf ein solches Verhalten etwas beobachtet wird. Richtig ist ja, daß die Zahl derjenigen, welche in dieser Weise durch ihr äußeres Verhalten in bezug auf die Sozialdemokratie in dem Alter von 20—23 Jahren, wie es hier hauptsächlich in Betracht kommt, in dem Alter der Militärpflichtigkeit, sich bemerkbar gemacht haben, gar nicht sehr groß ist; es werden ja diejenigen, die bloß ihrer Gesinnung nach zur Sozialdemokratie gehören, gar nicht aufgezeichnet. Nachdem der Erlaß wirklich so, wie er gemeint war, durchgeführt worden ist, habe ich auch bei einigen Bezirksamtern, in deren Bezirk die Sozialdemokratie, wie man an den Wählerstimmen sieht, eine große Verbreitung hat, erkundigt, und ich habe dann immer gefunden, daß die Zahl derjenigen, die auf diese Art ermittelt worden sind, außerordentlich klein ist.

Die Sache dieser Ermittlungen ist ja auch von dem Herrn Abg. Venedey und von anderen Rednern zum Gegenstande der tadelnden Erörterung gemacht und ich bin ersucht worden, dafür zu sorgen, daß dieser Erlaß zurückgenommen wird. Nun kann ich nicht finden, daß dieser Erlaß wirklich jene schädlichen Wirkungen gehabt hat, die von einigen Seiten als seine voraussichtlichen Folgen bezeichnet worden sind. Ich habe nicht die Erfahrung gemacht, daß jenes Mißtrauen bei den Einzu-berufenden besteht, als ob sie wegen des Ergebnisses jener Ermittlung bei der militärischen Ausbildung nicht gerecht und billig behandelt werden. Ich habe auch nicht wahrgenommen, daß seit den zwanzig Jahren, seitdem dieser Erlaß nicht bloß bei uns, sondern, man kann sagen, für den Bereich der gesamten deutschen Militärverwaltung in Geltung ist, irgendwelche erhebliche Mißstände bei seiner Durchführung, namentlich bei der Ausbildung und Behandlung der nach den Ermittlungen etwa als Sozialdemokraten charakterisierten Rekruten, empfunden worden sind. Dagegen ist mir schon mehrfach von durchaus unbefangenen denkenden Militärs bestätigt worden, daß sie einen besonderen Wert auf diese Mitteilungen, wenigstens in dem auf die äußere Betätigung in der sozialdemokratischen oder anarchischen Bewegung beschränkten Umfange legen müßten. Ich erinnere an den Fall, daß jemand Anarchist ist, oder einem anarchischen Verein angehört; es gibt nämlich auch in unserem Lande, wie ich gegenüber dem neulich erfolgten Widerspruch hervorhebe, nach unsern Feststellungen derartige anarchische Vereine; so findet sogar von Zeit zu Zeit in Mannheim eine Versammlung der deutschen Anarchisten statt, wo die Mannheimer Anarchisten sozusagen die Honneurs machen und die Gäste bewillkommen. Nun denke man, wie gefährlich es unter Umständen wäre, einen solchen Anarchisten an eine Stelle hin zu postieren, wo er dem in ihm angeregten anarchischen Herdungsgefühl vollen Lauf lassen könnte. So ein Mann muß von vornherein beim Militär gekennzeichnet sein. Ich halte das für durchaus zweckmäßig und finde daran garnichts zu tadeln. Es ist ja nicht nötig, Anarchist zu sein. Also, ich kann Ihnen zu meinem Bedauern nicht versprechen, daß ich jenen Erlaß zurücknehmen werde. Ich werde aber nach wie vor dafür sorgen, daß er nur, soweit er wirklichen Wert auch in militärischer Beziehung hat, zur Durchführung gelangt.

Abg. Frank (Soz.): Vor einigen Tagen sah es so aus, als ob die Besprechung des Etats des Ministeriums des Innern außerordentlich friedlich verlaufen würde. Von allen Seiten wurde der Dienstführung des Herrn Ministers Lob gesendet. Es hat sich am Himmel, von dem ja bei diesem Etat so viel die Rede ist, so etwas wie ein Regenbogen gezeigt in allen nur denkbaren Farben. Nur hat, wie das in der Natur des Regenbogens liegt, eine einzige Farbe dabei gefehlt: die schwarze Farbe (Heiterkeit). Und der Herr Minister hat bei seinen ersten Ausführungen auch sich des Himmels bedient, um diese politische Situation zu kennzeichnen. Er hat gemeint: im ganzen herrsche blauer Himmel; nur wenige Wölkchen seien heraufgeschoben worden von meinem Freunde Sedl, auch die seien aber rosa umsäumt gewesen. Nun ich glaube, daß wir heute gesehen haben, daß auch schwarze Wolken heraufziehen können (Heiterkeit). Sie sind gekommen, und mir scheint, daß aus diesen schwarzen Wolken von Zeit zu Zeit auch Blitze herausgefahren sind und daß manche Blitze sogar eingeschlagen haben.

Wenn ich das meine, so hatte ich namentlich die Ausführungen des Fraktionsredners des Zentrums im Auge, soweit sie sich befassen mit der Handhabung des Versammlungsrechtes in Baden. Wir waren sehr gespannt

darauf, wie sich das Zentrum beim jetzigen Stande der politischen Entwicklung verhalten werde. Man war der Ansicht, daß die Liaison, die das Zentrum mit den Konservativen in Baden, soweit solche vorhanden sind, einging, doch vielleicht etwas abfärben würde auf das Zentrum. Wenn man dazu kam, daß vonseiten verschiedener Zentrumsblätter die Äußerungen norddeutscher konservativer Blätter, wie der „Kreuzzeitung“, in zustimmendem und lobenden Sinne abgedruckt wurden, dann kann man wohl begreifen, wenn wir die Empfindung hatten, als ob das Zentrum die in manchen Augenblicken freiheitlich schillernden Traditionen aus der Zeit des Herrn Bader aufgegeben und auch in politischer Beziehung einschwenken wollte in die konservative Richtung.

Ich freue mich, daß nach der Erklärung des Herrn Abg. Fehrenbach das Zentrum in dem Punkte zu schwenken nicht beabsichtigt; wenigstens habe ich den Eindruck, daß die verhältnismäßig energische Form, in der der Herr Fehrenbach das Verbot der Versammlung in Mannheim gerügt hat, und weiter die energische Form, in der er die Stellungnahme der badischen Regierung in der Rekrutenfrage getabelt hat, den Schluß rechtfertigen, daß das Zentrum weiter volksparteilich bleiben will in der Frage der Versammlungsfreiheit. Ich habe dabei allerdings das Gefühl, als wenn gerade bei dieser Rekrutenfrage vielleicht die Stellungnahme des Wortführers des Zentrums ein klein bißchen davon beeinflusst gewesen ist, daß vielleicht in der derzeitigen politischen Situation man die Gelegenheit gern wahrnimmt, um in irgendwelche gegensätzliche Stellung zu dem Minister des Innern zu kommen. Jedenfalls will ich erwähnen, daß die Ausführungen des Herrn Abg. Fehrenbach vollständig richtig sind, soweit er auf die nachteiligen Folgen hinweist, die eine derartige Nachforschung nach der Gesinnung der Rekruten mit sich bringt. Und recht hat er meines Erachtens auch, wenn er darauf hinweist, es sei vollständig unmöglich, die Unterscheidung durchzuführen, die er uns angedeutet hat, zwischen Betätigung der Gesinnung und der Gesinnung als solcher. Ich glaube, diese Unterscheidung ist deswegen undurchführbar, weil eine Gesinnung, die sich nicht äußert, sich nicht betätigt, vollständig außerhalb des Bereiches der polizeilichen Beaufsichtigung liegt. Die Gesinnungsbeaufsichtigung bedeutet Beaufsichtigung der Betätigung dieser Gesinnung. Wenn sich jemand öffentlich als Sozialdemokrat, als Zentrumsmann bekennet, zeigt er damit, daß er diese Gesinnung hat; und etwas anderes kann die Beaufsichtigung nicht bezwecken, als die Betätigung der Gesinnung festzustellen.

Mir scheint es aber auch, als wenn das, was der Herr Minister uns mitgeteilt hat bezüglich der Beschränkung dieser Nachforschung auf die Einziehung der Rekruten, den Tatsachen nicht ganz entspräche. Wenigstens wurde vonseiten sozialdemokratischer Blätter wiederholt, zuletzt gestern, der Erlaß eines Bezirksamtes abgedruckt, in welchem ausdrücklich über die politische Gesinnung eines zu einer Reserveübung eingezogenen Mannes Auskunft verlangt worden ist. Damit würde das schlecht übereinstimmen, was der Minister in den letzten Tagen gesagt hat; und ich kann nicht annehmen, daß auch dieser Erlaß dem Herrn Minister unbekannt geblieben ist. Ich glaube, er hat wohl Veranlassung bevor er wieder über die Rekrutenfrage im Landtage spricht, sich künftig die entsprechenden Erlasse auf den Tisch legen zu lassen.

Die Ausführungen aber, die Herr Fehrenbach gemacht hat über das Verhalten der Regierung gegenüber den Konstanzer Vorfällen, vermögen mich nicht freudig zu stimmen. Ich meine, hier, wo das Zentrum gezwungen ist, sich über Handlungen zu äußern, die in engem Zu-

sammenhange stehen mit dem Verhalten der Reichsregierung, da hat sich gezeigt, daß das Zentrum im Reiche sich als Regierungspartei *pari passu* fühlt. Wenn der Herr Abg. Fehrenbach sich auf den Boden des badischen Vereins- und Versammlungsrechtes gestellt hätte, konnte er nicht dazu kommen, die Haltung der Regierung in Konstanz zu billigen. Nach dem badischen Vereins- und Versammlungsrecht darf eine Versammlung nur verboten werden, wenn die Sicherheit des Staates gefährdet ist. In der Richtung müssen alle Zweckmäßigkeitsabwägungen ausscheiden.

Herr Abg. Fehrenbach hat gesagt, es sei notwendig, daß die guten Beziehungen der Einzelstaaten erhalten bleiben. Das ist ganz richtig; aber die Empfindung, daß durch die Zulassung einer Versammlung vielleicht irgend eine bundesstaatliche Regierung einen Augenblick verstümmt würde, stellt keine Gefährdung der Sicherheit dar. Das ist der springende Punkt. Es war eine ungesetzliche Handlung, die in Konstanz vorgenommen worden ist.

Herr Abg. Fehrenbach hat dann Gelegenheit genommen, auch auf die Anordnungen zu sprechen zu kommen, die der Herr Minister veranlaßt hat über die politische Betätigung der katholischen Geistlichen, und hat die Frage daran geknüpft, wie sich die sozialdemokratische Partei gegenüber diesen Regierungshandlungen stellt. Es ist von unserer Seite schon hingewiesen worden, daß wir, soweit man in dieser gesetzlichen Bestimmung gegenüber der katholischen Geistlichkeit, der Geistlichkeit überhaupt, eine Beschränkung der Redefreiheit erblicken kann, selbstverständlich gegen jede Ausnahmebestimmung sind. Und wenn vielleicht das Zentrum dazu kommen würde, einen Antrag zu stellen, der abzielen würde auf eine Abänderung des betreffenden Gesetzes in dieser Richtung, bin ich überzeugt, daß vonseiten meiner Parteigenossen eine Unterstützung des Zentrums erfolgen würde. Aber wir sind der Ansicht: wenn einmal das Gesetz besteht, liegt keine Veranlassung vor, das Gesetz nicht anzuwenden. Selbstverständlich soll es angewendet werden nach allen Seiten, auf katholische, evangelische, altkatholische und jüdische Geistliche. Daß aber die Regierung selten Gelegenheit hat, gegen andere als katholische Geistliche das Gesetz anzuwenden, daran ist doch die Regierung nicht wohl schuld.

Ich meine, wenn ich den Herrn Abg. Fehrenbach recht verstanden habe, hat er sich vor allem dagegen gewandt, daß Erhebungen gemacht werden (Abg. Fehrenbach: Die Staatsanwaltschaft und Gerichte müßten das tun). Wenn der Herr Abg. Fehrenbach der Ansicht ist, daß es Sache lediglich der Staatsanwaltschaft sei, und nicht des Ministeriums des Innern, sich zu verlässigen über die Betätigung der politischen Gesinnung seitens der Geistlichkeit, so hat das dann etwas für sich, wenn eine vollständige Trennung zwischen Staat und Kirche durchgeführt ist. Wenn aber, wie es in Baden leider bisher der Fall ist, die Kirche in so enger Vertupplung, auch in finanzieller Beziehung, mit dem Staate ist, kann ich dem Herrn Minister des Innern das Recht nicht absprechen, sich zu verlässigen, wie die Beamten, die zur Zeit vom Staate bezahlt werden, sich zu betätigen und sich eventl. Unterlagen zu verschaffen für ein eventl. Strafverfahren (Zustimmung).

Wenn der Herr Abg. Fehrenbach im Verlaufe seiner Ausführungen schließlich darauf hingewiesen hat, daß in anderen Staaten die politischen Beamten vollständig nach dem Willen der Regierung ausgeschlossen seien von der politischen Betätigung, so scheint mir der Herr Abg. Fehrenbach am Schlusse seiner Ausführungen das gutgemacht zu haben, was er am Anfang schlecht machte. Am Anfang hat er, wie ich schon ausführte, Grundsätze vertreten, die wir gewohnt sind, als volkfreundlich zu

bezeichnen, und am Schlusse hat er einen Wink mit dem Zaunpfahl nach Konstanz gegeben (Abg. Fehrenbach: O nein!), wenigstens hat es so geklungen, der jedenfalls meines Erachtens nicht unbedingt notwendig gewesen wäre.

Ich will damit das Gebiet der hohen Zentrumspolitik verlassen und mit ein paar Worten auf das eingehen, was von Seiten des Herrn Abg. Benedey in positiver Beziehung gesagt worden ist. Die Ausführungen, die der Herr Abg. Benedey gemacht hat über die Zustände der Heimarbeit gerade in Baden sind sehr beachtenswert. Es ist kein Zweifel, daß in bezug auf die Heimarbeit Baden geradezu das klassische Land der Ausbeutung der Heimarbeiter ist, und die Ausstellung in Berlin hat auch in der Beziehung sehr wertvolles Material geliefert. Diejenigen Herren im Hause und bei der Regierung, die sich für Besserung dieser Zustände interessieren, werden Gelegenheit haben, im Reichstag bei Besprechung des Antrages, der von der sozialdemokratischen Partei über die Heimarbeit gestellt worden ist, zu zeigen, daß es Ihnen nicht nur darum zu tun ist, diese Zustände zu besprechen, sondern auch darum, sie zu ändern und zu bessern.

Es wäre auch notwendig, daß in Baden ein Anfang gemacht würde mit der Lösung der Wohnungsfrage. Gerade einzelne süddeutsche Staaten, Bayern und Hessen, haben den Anfang damit gemacht durch Einführung einer zentralen Wohnungsinspektion. Auch in der Beziehung hat Baden keinen Anlaß, sich als Musterstaat zu bezeichnen, im Gegenteil, die Zustände, wie sie z. B. durch die Enquete der Mannheimer Ortskrankenkasse auf dem Gebiet des Wohnungswesens aufgedeckt sind, sind tief traurig und es wäre notwendig, daß durch die Zentralisation der Wohnungsinspektion ein frischerer Fluß in die Wohnungsbewegung gebracht würde. Wenn die Großh. Regierung Anforderungen in dieser Richtung bringen würde, bin ich überzeugt, daß sie mehr Zustimmung beim Hause finden würde, als auf dem Gebiet ihrer politischen Wirksamkeit.

Ich bin außerordentlich erfreut gewesen, die Rede des Herrn Mayer-Mannheim über das Mannheimer Polizeisystem zu hören. Ich muß gestehen, der Herr Abg. Mayer hätte in Mannheim, wenn er diese Rede im Bürgerausschuß vor einem Jahr gehalten hätte, sicherlich einen ganz anderen Erfolg erzielt als hier. Ich konstatiere, daß der Herr Abg. Mayer als Bürgerausschußmitglied in Mannheim anwesend war, wie von Seiten des Oberamtsrichters Koch und von mir und anderen Rednern die schärfste Kritik zu üben versucht wurde an dem System Schäfer, und daß der Herr Abg. Mayer, der in Mannheim als der Führer seiner Fraktion gilt, keine Gelegenheit genommen hat, dort in Mannheim Farbe zu bekennen und hervorzuheben, was ihm an dem System Schäfer lobenswert erscheint. Es wäre interessant gewesen, wenn er sich dort von dieser schönen Seite, einen Abwesenden zu verteidigen, gezeigt hätte, und wenn er das getan hätte vor der Landtagswahl (Abg. Süßkind: Sehr richtig!). Daß das nicht geschehen ist, bedaure ich, es war aber interessant, heute diesen Versuch einer Verteidigung des Herrn Schäfer auch von dieser Seite zu hören.

Vielleicht aber — ich neige zum Optimismus — hat die Rede des Herrn Mayer ein Gutes. Es wird draußen erzählt und ist auch hier ja angedeutet worden: Ihr geht den falschen Weg, wenn Ihr den Herrn Schäfer heraushaben wollt, müßt Ihr ihn loben (Heiterkeit). Vielleicht ist nun damit die goldene Brücke gebaut, auf der der Herr Schäfer von Mannheim wegkommt (Große Heiterkeit). Der Herr Minister hat wohl angedeutet, er sei nicht in der Lage, einen Beamten, den zu verfechten die Krone das Recht hat, wegzubringen

auf Grund von Äußerungen der öffentlichen Meinung: Ich glaube, daß der Herr Minister mit dieser Äußerung, die ziemlich schroff geklungen hat, wohl nicht den Ruf als liberaler Mann, der ihn von verschiedenen Seiten gegeben werden wollte, verstärken wird, im Gegenteil, diese Äußerung, die man so deuten kann, daß Schäfer jetzt gerade erst recht nicht, weil man ihn fort haben will, verfehrt wird, diese Äußerung klingt eher an Äußerungen, die sich in der Geschichte finden im Zeitalter Metternichs. Ich glaube, daß es unmöglich ist, auf die Dauer in einem Staate konstitutionelle Grundsätze auf dem Gebiet der Gesetzgebung und absolutistische Grundsätze auf dem Gebiet der Verwaltung durchzuführen. Es ist selbstverständlich, daß der Herr Minister Äußerungen, die draußen im Volke und von autoritativer Stelle sich geltend machen, Beachtung schenken wird, und er hat auch erklärt, daß ihn die Äußerungen im Mannheimer Bürgerausschuß nachdenklich gestimmt hätten. Ich meine, der Herr Minister müßte unterscheiden zwischen Äußerungen der Volksstimmung und Äußerungen der Volksstimmung. Man kann unter Umständen durch irgend eine kleine Gruppe, vielleicht Interessentengruppe, einen Augenblick gegen einen Minister, gegen einen Beamten hegen, es ist vielleicht denkbar, daß in einem Augenblick in einem größeren oder kleineren Blatt mehr oder weniger gutinformierte Artikel gebracht werden gegen einen vielleicht sehr hohen Beamten, und wenn in dem Fall gesagt wird, der Beamte weicht diesen Stimmungen nicht, so kann man das begreifen. Aber etwas anderes ist es, wenn, wie in Mannheim, mehr als zwei Jahre lang aus allen Schichten der Bevölkerung und aus allen Kreisen, die doch getrennt sind durch religiöse, politische und wirtschaftliche Gegensätze, immer wieder der Ruf sich erhebt: es muß eine Aenderung eintreten! Das sollte nicht nur nachdenklich stimmen, sondern unbedingt das Ergebnis haben, daß man diesen Stein des Argernisses beseitigen muß. Denn selbst wenn der Herr Polizeidirektor in Mannheim ein solcher Ausbund aller politischen und rechtlichen Tugenden wäre, so könnte er doch sein Amt nicht mehr richtig verwalten, weil der letzte Funke von Vertrauen verloren gegangen ist; und wenn der Zustand ein derartiger ist, so werden ihm auch die besten Maßnahmen nichts mehr helfen, weil er eine förmliche Mauer von Mißtrauen gegen sich hat.

Es wurde von anderer Seite schon darauf hingewiesen, daß nicht die Staatsautorität verlange, daß man hier nicht eingreife, und den Beamten schütze; im Gegenteil: Nur die falsche, äußere und äußerliche Autorität, die sich in starker Schmeichelei gefällt, verlangt, einen derartigen Beamten zu halten. Die wirkliche Autorität des Staates, die wirkliche Autorität des Beamten, äußert sich darin, daß in den weitesten Kreisen das Bewußtsein von der und die Sicherheit auf die Unparteilichkeit und die Gerechtigkeit der Regierung und der Beamten besteht — und dies Bewußtsein besteht in Mannheim eben nicht mehr, und es besteht mit Recht nicht mehr!

Der Herr Abg. Mayer hat darauf hingewiesen, daß auch er sich dem Rufe auf Entfernung dieses Beamten anschließe, „wenn nachgewiesen werde“, daß Gesetzesverletzungen vorgekommen seien. Nun, diese Nachweise sind erbracht.

Ich behaupte, daß Gesetzesbeugungen vorgekommen sind. Der Fall „Lanz“ ist angeführt worden, ich will ihn mit ein paar Worten streifen. Er ist eine Gesetzesbeugung. Es besteht eine rechtmäßig zustande gekommene Verordnung, die vorschreibt, daß Leichen innerhalb einer gewissen Zeit in das Leichenhaus verbracht werden müssen; sie sieht keine Ausnahme vor. Das ist der springende Punkt: denn, hätte man Ausnahmen vorgesehen, dann

— darauf dürfen Sie sich verlassen — wäre dieses Ortsstatut im Bürgerausschuß nicht angenommen worden. Nun hat man aber bei der Bestattung des Herrn Lang eine Ausnahme gemacht. Der Herr Minister meinte: Die Arbeiter seien damit einverstanden gewesen. Diese waren aber keineswegs damit einverstanden! Daß sie natürlich nicht in der Fabrik revoltieren konnten, das liegt doch ganz nahe: Die Leute wollen doch ihre Existenz nicht riskieren. Aber darauf dürfen Sie sich verlassen, daß dem Andenken dieses, um die Mannheimer Industrie hochverdienten Mannes viel mehr genügt worden wäre, wenn auch jener Reiche gegenüber die schlichte Majestät des Gesetzes Geltung behalten und man nicht bei ihm diese Ausnahme gemacht hätte.

Ich will dabei, der Vollständigkeit halber, erwähnen, daß auch die Kirche gegenüber dem Herrn Lang eine Ausnahme gemacht hat. Es ist, und zwar unwidersprochen, in der Presse behauptet worden, daß man ihm, obgleich er in gemischter Ehe lebte und obgleich seine Kinder Protestanten waren, die kirchliche Beerdigung bewilligt habe. Stellen Sie sich nun vor, wie im Gehirn des Arbeiters diese Zustände sich spiegeln! Er sagt sich: das Gesetz ist da; mir gegenüber wird es rigoros angewendet! Dem Armen gegenüber ist das Gesetz als eine Mauer da, die mit Glascherben versehen ist, er kann nicht hindurch — für den Reichen aber ist das kirchliche und weltliche Gesetz nur ein Spinnweb.

Dann das Konzert. Ich will hierauf nicht näher eingehen; ich will nicht erwähnen, daß das Verbot von einem Kunstbarbarismus zeugt, auch nicht, daß es von wenig Respekt vor den größten Namen der Kunst zeugt, wenn man durch einen niederen Polizeibeamten, durch einen Polizeiergeanten, Erhebungen darüber anstellen läßt, was Namen wie Berlioz und Andreas Thomas bedeuten.

Aber hervorheben will ich — und das ist die zweite Ungesetzlichkeit und Ungerechtigkeit, daß man am gleichen Tage, wo man hier das Verbot erlassen hat, am gleichen Tage, in der gleichen Stadt, in einem andern Lokal für die Parteigesellschaft Stücke zugelassen hat, wie den „Neger-tanz“ und „Gaiwatha“ (ich glaube, es bedeutet ein Indianermädchen), daß man Stücke zugelassen hat, die schon durch ihre Ueberschrift beweisen, daß sie nicht in das Gebiet der Kunst, sondern in das Gebiet des Schundes gehören!

Und wenn eine dritte Ungerechtigkeit verlangt wird: so weise ich auf das Tanzverbot hin. Es ist an sich nichts Tragisches, wenn jemand, der tanzen will, nicht tanzen darf. Aber man hat dieses Tanzverbot parteiisch, und schon seit zwei Jahren parteiisch gegen die Sozialdemokratie angewendet (Sehr richtig). Man hat seit zwei Jahren der Sozialdemokratie nicht gestattet, ihre Neujahrstänze zu veranstalten. Der Herr Minister hat angedeutet, daß das Verbot erfolgt sei, weil diese Vereinsveranstaltungen angeblich zu öffentlichen Tanzbelustigungen ausgeartet seien. Erstens ist das unrichtig. Die zweite Frage aber ist die: Waren vor zwei, vor drei Jahren die Veranstaltungen der sozialdemokratischen Partei andere? Der Besuch war genau derselbe; fünf Jahre lang hat sie ganz ruhig getanzt — und plötzlich kommt das Verbot! Und das ist die Ungerechtigkeit und Ungesetzlichkeit. Plötzlich kommt das Verbot, das bei ähnlichen Gelegenheiten, gegen Kriegervereine und andere bürgerliche Vereine nicht ausgesprochen, nicht angewendet wird. Ich weiß wohl, das Tanzverbot wäre nicht erfolgt, wenn wir nach der Pfeife des Herrn Direktors Schäfer tanzen würden. Aber das tun wir nicht.

Und weiter: die Polizeistunde hat eine Rolle gespielt. Diejenigen, die sich über die Handhabung der Polizeistunde beschwert haben, sind keineswegs ausschließlich

Leute, die gerne spät nach Hause gehen. Aber auch hier wieder — und das war das Empörende — hat sich gezeigt, daß die Polizeistunde ungerecht und ungesetzmäßig gehandhabt wird. Man hat für Veranstaltungen der Stadt eine Polizeistunde, eine frühe Polizeistunde, festgesetzt — und gleichzeitig hat man dem Militär bei Veranstaltungen an Kaisers Geburtstag Befreiung von der Polizeistunde vermittelt, und hat ausdrücklich erklärt, daß man nur hier, beim Militär, eine Ausnahme mache.

Weiter: Ich will nicht erwähnen, daß man den Sozialdemokraten konsequent die Festzüge bei der Märschfeier verbietet, während man z. B. am Katholikentag viele Tausende von Arbeitern in verkehrsfördernder Weise durch die Straßen hat marschieren lassen. Das sind wir ja gewöhnt. Während drüben in unserem Nachbarstaat Württemberg und in dessen Hauptstadt noch jedes Jahr ein solcher Umzug stattgefunden hat, ohne daß irgendwie nachteilige Folgen sich gezeigt haben, kann es bei uns der badische Staat nicht ertragen, daß ein solcher Umzug stattfindet!

Eine weitere Ungesetzlichkeit, die geradezu unbegreiflich ist — ich muß gestehen, ich habe es nicht geglaubt, bevor ich es nicht schwarz auf weiß gesehen habe — ist der Versuch, der neueste Versuch, der in der Straßenpolizeiordnung mit Rücksicht auf die persönliche Bequemlichkeit des Herrn Polizeidirektors Schäfer gemacht ist. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß den Droschken und Hotelomnibussen verboten wird, von Nachts 11 Uhr bis Morgens durch die Bismarckstraße zu fahren. Auf den ersten Blick ist es rätselhaft, warum sie gerade nicht durch die Bismarckstraße fahren sollen. Gerade in der Bismarckstraße werden möglichst wenig Menschen in ihrem Schlaf gestört, weil auf der einen Seite das wenig bewohnte Schloß liegt. Des Rätzels Lösung liegt darin, daß an der Bismarckstraße auch das Bezirksamt und — die Wohnung des Herrn Polizeidirektors ist, der offenbar nicht Nachts durch das Rauseln von Hotelwagen auf dem Pflaster gestört werden will. Dazu sind die Bürger gut genug!

Es wird immer verlangt, daß wir Beispiele, konkrete Beispiele, bringen. Ich habe versucht, Ihnen ein paar zu geben. Es war nicht alles neu, aber ich glaube, es hervorheben zu sollen, um zu zeigen, daß es sich um Ungerechtigkeiten handelt.

Nirgends so wie in den Arbeiterkreisen und in den unteren Volkskreisen ist das Gefühl der Gerechtigkeit so stark und mächtig. Ich möchte sogar sagen, daß das Gefühl der Gerechtigkeit dort geradezu zur Leidenschaft geworden ist, und zwar zu einer Leidenschaft, die auch politisch sich betätigt. Es hat ein großer Dichter gesagt, vor den Leidenschaften sollte man Respekt haben; denn sie entstehen nicht auf Geheiß.

Ich will noch ein paar Fälle vortragen, in denen nicht direkt durch den Herrn Polizeidirektor, aber nach unserer Ueberzeugung infolge der Erziehung, die er seinen Beamten gegeben hat, Gesetzesverletzungen vorgekommen sind. Ich erinnere an einen Fall, in dem ein Bäcker-geselle in eine Bäckerei ging, um nach Arbeit zu fragen; als er dann wieder herauskam, wurde er von einem Schutzmann gefragt, was er dort getan habe. Der Geselle antwortete, er habe um Arbeit nachgefragt. Der Schutzmann geht in die Bäckerei hinein, und es wird ihm dort bestätigt. Was geschieht? Der Mann wird festgenommen und erst vier oder fünf Tage später, nachdem er seiner Freiheit beraubt war, vom Gericht freigesprochen. Dem Schutzmann mache ich ja keinen Vorwurf. Warum wollen Sie nach dem, was Sie gehört haben, es den Leuten übel nehmen, wenn sie ihre Anzeigen hernehmen, wo sie sie finden?

Bei Gelegenheit der Besprechung des Gefängniswesens wurde erwähnt, daß die Bestimmung, wonach die unteren Beamten auf dem Disziplinarweg eingesperrt werden könnten, fast nur noch auf dem Papier existiere und daß nur ganz selten davon Gebrauch gemacht werde. Im Mannheimer Polizeiwesen aber liegt die Sache anders. Dort gibt ein Schutzmann dem anderen die Tür des Gefängnisses in die Hand. Wenn Sie an dem Schwesinger Gefängnis — das ist das Hotel für die Schutzleute — vorbeifahren und daran emporschauen, dann können Sie sicher sein, daß dort hinter den Fenstern ein oder zwei Schutzleute sitzen, die eine Disziplinarstrafe verbüßen. Es ist kein Zufall, wenn gerade dort in Mannheim häufig ein Personalwechsel stattfindet. Es wird behauptet, es seien nahezu 60 Proz. Vielleicht hat der Herr Minister noch genauere Angaben. Es sind aber nicht bloß Arreststrafen, sondern namentlich auch Geldstrafen, die bei jeder Gelegenheit verhängt werden. Für die geringsten Delikte — vielleicht wenn man eine Minute zu spät zum Appell kommt — wird eine Geldstrafe von 3 M. verhängt. Bei den Bahnbeamten begnügt man sich in solchen Fällen mit 20 und 30 Pf., dort hat man ein Herz dafür, während man hier nicht bedenkt, daß bei dem Einkommen eines Schutzmannes eine Geldstrafe von 3 M. mehrere Tage Hunger bedeutet; und das geschieht bei Vergehen, über die ein wohlwollender Vorgesetzter hinwegsieht.

Ich will auch nicht verkümmern, noch ein paar Fälle zu nennen, in denen, wie der Herr Minister sich ausdrückte, zuviel regiert wird. In dieser Beziehung erfreuen sich einer besonderen Vorliebe die Wirte. Ich will aus den zahlreichen Beschwerden eine hervorheben. Es besteht die Vorschrift, daß die Hoteliers sog. Meldezettel zu jeder Stunde der Nacht noch in die Zentralwache bringen müssen. Mannheim ist nun ziemlich groß, und der Betrieb der elektrischen Bahn hört um Mitternacht auf. Nun kommt ein Gast um 1 oder 2 Uhr oder noch später; dann sind die Hoteliers gezwungen, in kalter Winternacht den Weg durch die Kälte zu machen und den Zettel in der Zentralwache abzuliefern. Morgens wäre das ja nicht mehr möglich, und die Wirte, die das verkümmern, werden schwer bestraft.

Am schönsten aber zeigt sich das Bestreben und die Fähigkeit des Mannheimer Polizeidirektors zu regieren, in seinem Verhalten gegenüber dem Rosengarten. Um den Rosengarten hat sich ein ganzer Sagenkreis polizeilicher Maßnahmen gebildet, die geradezu unbegreiflich sind, und die ich überhaupt nicht alle aufzählen kann, wenn ich heute noch mit meiner Rede fertig werden soll. Ich will nur darauf hinweisen, daß in einer unglaublichen Weise im Interesse der sog. Feuersicherheit, wenn eine Festlichkeit ist, den ganzen Tag der Kommissar und die Feuerwehrlente da sein müssen. Es ist vorgekommen, daß der Verwalter zwei bis drei große Flügeltüren zugemacht hat, er mußte sie aber wieder öffnen. Warum? Es waren noch sechs Personen anwesend, und diese mußten drei Türen zur Verfügung haben! Das sind Kleinigkeiten, aber eine Fülle solcher Nadelstiche bringt es fertig, daß die Stimmung in Mannheim eingetreten ist, die ich vorzutragen mich genötigt sehe.

Noch eins! Schnupftabak!! Sie werden nicht wissen, was das ist. Es ist nicht das Fabrikat, das in Lahr zu Hause ist, sondern es ist das Fastnachtblatt, das in Mannheim herausgegeben wird. Der Herr Polizeidirektor hat mit Recht angenommen, daß man auch ihn bei dieser Gelegenheit nicht vergessen werde. Deshalb hat er Schwierigkeiten gemacht, er hat den Verlag dafür verantwortlich gemacht, daß alle Leute, die den Schnupftabak verbreiten, auch wirklich die nötigen Scheine haben.

Er hat die Auflage gemacht, daß die Dienstmänner, die das Ding verkaufen wollen, auf das Bezirksamt marschieren und einen besonderen Schnupftabakzettel sich ausstellen lassen, kurz, er hat sich alle Mühe gegeben, um den Leuten Schwierigkeiten zu bereiten. Daß der Polizeidirektor eine furchtbare Angst vor dem Spott der Mannheimer hatte, war von vornherein klar.

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit will ich nur noch auf eines hinweisen: Das ist die Frage, ob, abgesehen von der Frage der Gesetzlichkeit oder Nichtgesetzlichkeit der Herr Polizeidirektor immer den nötigen Ton und die nötige Form gefunden hat, um in Mannheim seines Amtes zu walten. Da hat sich der Herr Minister eines Fehlers schuldig gemacht, wenn er gemeint hat, es habe namentlich nicht von der Stadtgemeinde aus eine Beschwerde vorgelegen. Es habe lediglich eine Beschwerde vorgelegen wegen des Konzertes, und nur hierüber habe die Stadt Beschwerde geführt. Das ist nicht richtig. Sie hat auch Beschwerde geführt in einem Fall, der für die Form bezeichnend ist, in der der Polizeidirektor seine Tätigkeit ausübt. Es wurde mitgeteilt, ob mit Recht oder Unrecht, will ich nicht untersuchen, daß, als ein Privatmann bei einem Konzert des Mannheimer Gesangsvereins „Niedertafel“ sich seine Drohsche habe vorfahren lassen wollen, da dem Kutscher gesagt worden sei: „Nein, da dürfen Sie nicht vorfahren, da dürfen nur die Herrschaftskutschen vorfahren!“ Der betr. Herr war dann genötigt, in das schlechte Wetter hinauszugehen, bis er zu seiner Kutschke gelangte, er war darüber erbozt und hat sich an den Stadtrat gewendet. Man hat nun in höflicher Weise um Auskunft gebeten. Ich will nicht untersuchen, ob die Sache so war, wie der Stadtrat dies darstellt, aber ich frage Sie: wenn die Besitzerin der Stadthalle in höflicher Weise die Polizeidirektion um Auskunft ersucht, wird dann nicht eine höfliche Antwort zu erwarten sein? Eine Antwort ist erfolgt. Sie war kurz, nämlich, daß das den Stadtrat nichts angehe; wenn ein Privatmann sich belästigt fühle, so solle er selber eine Beschwerde erheben. Der Herr Minister macht sich nun eigentlich schlechter als er ist, er hat der Stadt Recht gegeben, und hat diesen Fall, der ihm zur Ehre gereicht, nicht einmal erwähnt. Durch das Ministerium mußte die Polizeidirektion gezwungen werden, der Stadtgemeinde eine Antwort zu geben.

Nun will ich noch einen Fall erwähnen: Bei einem Wohltätigkeitsbazar war ein überwachendes Polizeiorgan, ich glaube ein Sergeant, zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Teil des Rosengartens, durch den eine hohe Persönlichkeit, es war die Großherzogin, gehen mußte, nicht genügend beleuchtet sei. Nun erstattete man Meldung an die Polizeidirektion; diese verlange Auskunft von der Stadtverwaltung darüber, wie sie dazu komme, diesen Teil des Rosengartens angeblich nicht genügend zu beleuchten. Ist das nicht eine Annäherung sondergleichen, wenn die Polizeidirektion der Stadtverwaltung Vorschriften darüber machen will, wie sie ihre Gäste empfängt? Ich sage das nur zur Kennzeichnung des Tones und zur Kennzeichnung der Höhe des Selbstbewußtseins, das dem Vertreter der Polizeidirektion in Mannheim eigen ist.

Ich will noch einen weiteren Fall anführen. Anlässlich des Binnenschiffahrtskongresses hatten die verschiedenen Interessenten in Mannheim die Absicht, den Besuchern dieses Kongresses eine Hofenbeleuchtung zu bieten, und es war nicht ganz klar, wer dort das Recht habe, die Polizeigewalt auszuüben, ob die Hofenverwaltung oder die Polizeidirektion allein darüber zu bestimmen habe, ob und wie die Beleuchtung vor sich zu gehen habe. Das Bürgermeisteramt lud nun im Benehmen mit den Interessenten in höflicher Form den Polizeidirektor zu einer

Besprechung auf das Bürgermeisteramt ein. Außer dem Polizeidirektor waren auch die betreffenden Industrie-  
treise und die Zollverwaltung eingeladen. Bei der Be-  
sprechung erhob sich, nachdem ein Interessent einen Vor-  
trag über die löbliche Absicht der Beleuchtung gehalten  
hatte, der Inhaber der Mannheimer Polizeigewalt und  
erklärte, er könne nicht begreifen, wie das Bürgermeister-  
amt dazu komme, derartige Besprechungen über Dinge,  
die er allein zu entscheiden habe, zu veranlassen; er müsse  
sich dagegen verwahren. War das der richtige Weg,  
um das nötige Zusammenarbeiten zwischen staatlichen und  
städtischen Behörden zu fördern?

Ich hoffe, Ihnen durch das, was ich anführte, wenig-  
stens glaubhaft gemacht zu haben, daß in Mannheim eine  
große und allgemeine Verbitterung und Verstimmung  
gegen das System Schäfer herrscht. Der Herr Minister  
hat gemeint, einzelne Parteiführer hätten es in ihrem  
Interesse für notwendig gehalten, sich als Retter des  
Staates hinzustellen, um diese Stimmung zu erzeugen.  
So wenig man Geschichte machen kann, so wenig kann  
man eine solche tiefgehende Mißstimmung hervorrufen.  
Ich kann, wenn ich Kleines mit Großem vergleichen will,

die Stimmung, die in Mannheim gegenüber dem Polizei-  
direktor Schäfer besteht, vergleichen mit der, die in Wien  
vor ein paar Jahren bestanden hat gegenüber dem Herrn  
Badeni. Auch dort war eine gewaltige Zerklüftung des  
öffentlichen Lebens durch soziale und religiöse Gegensätze  
und durch politische Kämpfe eingetreten und einig war  
man nur in dem Wunsche, daß Badeni gehen solle. Dieser  
Mann wurde aufgegeben. In Mannheim, das versichere  
ich Sie, ist in allen Kreisen der Bevölkerung die gleiche  
Stimmung gegen den Polizeidirektor vorhanden. Wenn  
der Herr Oberbürgermeister in Wien durch die Stadt  
gefahren ist und von einem Omnibus herab verkündet  
hat, Badeni ist gegangen, so hoffe ich, daß auch unser  
Stadtoberhaupt sich eines Tages, und hoffentlich bald,  
der Aufgabe unterziehen wird, durch die Stadt zu fahren  
und zu verkünden, daß Herr Schäfer befördert worden  
ist. Ich bin überzeugt, der Jubel, der ihn begleiten  
würde, wird nicht kleiner sein, als der Jubel in Wien!

Auf Vorschlag des Präsidenten wird hierauf abge-  
brochen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 25 Minuten.